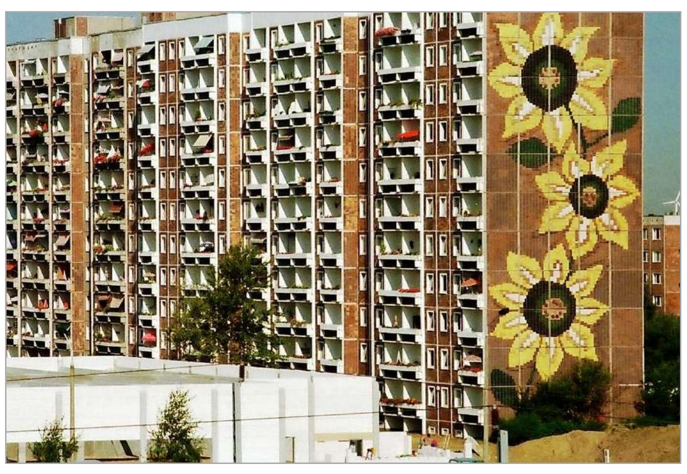
2.5 1992. Pogrom in ROSTOCK



Johannes Leithäuser schreibt: „Die derzeitige zentrale Anlaufstelle ist in einem Plattenbau untergebracht, der einst dem Rostocker Seehafen als Ausländerwohnheim diente. Dort wohnten früher vorwiegend Vietnamesen und Mosambikaner, die im Hafen, auf der Basis befristeter Arbeitsabkommen, beschäftigt waren; die Abkommen hatte die DDR mit den Heimatländern geschlossen. Viele der ausländischen Beschäftigten verloren ihre Arbeit und ihren Wohnheimplatz, die meisten kehrten in die Herkunftsländer zurück.
Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik suchte die damals noch bestehende Rostocker Bezirksverwaltung das Gebäude als Standort für die zentrale Asylbewerber-Anlaufstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus. Es liegt in einem der großen Rostocker Plattenbau-Wohngebiete, das rund 20.000 Einwohner zählt. Seit dem Frühjahr war die Anlaufstelle, die rund 200 Plätze bietet, häufig überbelegt. Einerseits stieg der Zustrom der Asylsuchenden ständig, vor allem der Zigeuner aus Rumänien und von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, andererseits konnten die Ankömmlinge nicht mehr zügig von Rostock aus auf Unterkünfte in den Landkreisen verteilt werden, da deren Aufnahmemöglichkeiten, zunehmend ausgeschöpft waren. Zeitweise lagerten bis zu 200 ‚Asylbewerber' über Nacht auf Rasenflächen vor dem Gebäude und warteten auf ihre Registrierung und den Weitertransport. Seit dieser Zeit erreichten die Rostocker Innenbehörde Proteste der Anwohner, die sich über ‚aggressives Betteln' und ‚Verschmutzung der Gegend' beschwerten. Der Rostocker Innensenator äußerte schon vor einem Monat, es habe ernsthafte Hinweise aus der Bevölkerung gegeben, ‚daß es in den nächsten Tagen kracht'. Der Leiter des städtischen Ordnungsamtes, Lange, sagte, man habe sich bemüht, die größten Mißstände zügig zu beseitigen. Die Herrichtung einer neuen, größeren Aufnahmestelle in der früheren Armeekaserne sei forciert worden, außerdem habe die Stadt mit hohem Aufwand die Umgebung des Lichtenhagener Heimes saubergehalten."[371]
Die FRANKFURTER RUNDSCHAU schreibt: „Volkes Stimme ist laut geworden im, wie nicht wenige Bewohner stolz sagen, schönsten Rostocker Stadtteil, dem zwischen 1974 und 1976 für 20.000 Einwohner hochgezogenen Plattenbaukomplex Lichtenhagen. ‚Großzügig war's'. Und ‚sauber'. Die nahe Ostsee und ein paar Springbrunnen und Blumenrabatte taten ihr übriges, daß die Bewohner das Gefühl von Lebensqualität in ihre teils verklinkerten Plattenbauten mitnahmen."[372]
Ein Rostocker erinnert sich: „… Anstatt diese einmalige historische Chance zu nutzen, einen gemeinsamen Neuanfang zu wagen, wie zum Beispiel eine neue gemeinsame Verfassung zu schaffen und durch das deutsche Volk zu legitimieren, wurde einfach so, wie in der alten BRD, weitergemacht. Nach der ersten gemeinsamen Wahl durfte dann die Union ihre Ernte einfahren, die meisten DDR Bürger wählten Helmut Kohl und damit Stillstand. Aber gab es eine andere Option? Schnell waren die Bananen verzehrt. Doch abhanden kamen auch viele andere gemeinsame Werte, menschliche Nähe und Verbundenheit wurden von Gier und Kälte verdrängt. So wurden von heute auf Morgen weite Teile Ostdeutschlands völlig entindustrialisiert und die Menschen lernten das erste Mal im Leben die Arbeitslosigkeit kennen. Dann kam die Erfahrung der Ostdeutschen mit den öffentlichen Medien, die sich als frei und unabhängig postulieren und doch nur von tendenzieller Meinungsmanipulation triefen, die ganze Verlogenheit der Medien und der politischen Klasse wurde mit jedem Tag offensichtlicher. Hier möchte ich über eine eigene Erfahrung berichten, die ich sammeln durfte.

---

[371] Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Der Senat in Rostock glaubt an eine sorgfältige Vorbereitung der Krawalle vor dem Asylbewerberheim - Verletzte Polizisten und vorläufige Festnahmen - Aufruf zu Protesten - Anlaufstelle häufig überbelegt", 25.08.1992, S. 3

[372] Frankfurter Rundschau, „Die Scherben werden weggekehrt, der Ruf ist nicht zu kitten - Das schöne, saubere Viertel, die Fremden und die Lebensqualität: Warum Tausende in Rostock dem Krawall applaudierten", 25.08.1992, S. 3, Artikel v. Axel Vornbäumen



Sie ereignete sich in Rostock-Lichtenhagen und wurde weltweit vermarktet als typische ostdeutsche Ausländerfeindlichkeit. Was war geschehen? Nach dem Fall der Mauer erreichten, so um 1991, die ersten osteuropäischen Zigeuner Rostock. Sie wurden anfangs sehr freundlich und entgegenkommend aufgenommen und über gelegentliche Diebstähle sah man hinweg. Bald klingelten die Telefondrähte nach Rumänien und anderen Balkanländern. Die Botschaft an ihrer Verwandtschaft war einfach: Kommt schnell her, hier fließt Milch und Honig und Geld bekommt man vom Staat für nichts. Schnell hatten Rostock einige hundert Zigeuner erreicht. Sie waren ordentlich als Asylbewerber registriert und erhielten damit auch Geld, um die Dinge einkaufen zu können, die sie für ihren Lebensunterhalt benötigen. Aber unter Einkaufen verstanden sie etwas anderes. Sie gingen einfach in die Kaufhalle und nahmen sich, was sie brauchten. Wurden sie erwischt oder beim Klauen angesprochen, urinierten die Männer in die Lebensmittelregale, Frauen hoben den Rock etwas höher und liegen blieb ein kleiner dampfender Haufen in der Kaufhalle. Doch niemand traute sich Ihnen etwas zu verbieten, denn das wäre ausländerfeindlich gewesen. Mit der Zeit konnten die Lichtenhagener ihre Kinder nicht mehr im Freien spielen lassen, denn es kam immer wieder vor, daß sie einfach ausgezogen wurden, weil man ihre Kleidung haben wollte. Auch Frauen konnten nicht mehr alleine auf die Straße gehen. Selbst am frühen Morgen zur Arbeit zu gehen war für eine Frau eine ein unkalkulierbares Risiko. Die ersten Proteste der Lichtenhagener waren Leserbriefe in denen diese Zustände geschildert wurden. Hilferufe an Stadt, Land und die Bundesregierung wurden nicht beachtet und mit dem Hinweis auf eine latente Ausländerfeindlichkeit der Ostdeutschen abgetan.“[373]

„Um diesen Plattenbau herum, im Umkreis von etwa 0,5km, gab es eine ganze Menge Zigeuner und du konntest dort sichergehen, daß Keller und Wohnungen aufgebrochen, Passanten aufs massivste angebettelt, bis hin zum Bespucken, alles voll Müll und Scheiße war (ja, Scheiße!) und die Anwohner über Monate einfach (in voller Absicht) im Stich gelassen wurden.“[374]

Der SPIEGEL schrieb: „Mitten in einen der seelenlosen Platten-Komplexe, den einzig die verwitterten Bilder von Sonnenblumen an der Wand schmücken, setzte die Landesregierung Ende 1990 die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt). Das war, dämmert es nun auch Innenminister Kupfer, ‚keine glückliche Entscheidung‘. Schon bald war sie völlig überlaufen. Zu Beginn kamen nur 20 Asylbewerber pro Monat, allein im Juni dieses Jahres waren es rund 1.300. Das Haus hat offiziell nur 320 Plätze. Schon vor Monaten häuften sich beim Rostocker Senat die Beschwerden über Lärm, Schmutz, Bettelei und Diebstähle: Nachts könnten sie nicht schlafen wegen des Krachs, und morgens müßten sie über die Schlafenden steigen, sagt Dorlit Friedrich, Nachbarin der ZASt. Anwohner schrieben dem Senat: ‚Wir möchten nicht auf einer Müllkippe wohnen für 555 Mark im Monat.‘

Die Politiker schoben das Problem ZASt zwischen Rostock und der Landeshauptstadt Schwerin hin und her. Trotz aller Warnungen vor einem ‚Notstand, der sozialen Sprengstoff in sich birgt‘, so Rostocks Innensenator Peter Magdanz, noch im Juni tat sich nichts. Es habe so ausgesehen, ‚als wenn der eine oder andere die Probleme bestehenließ, um sie eskalieren zu lassen‘, argwöhnt Harald Ringstorff, SPD-Fraktionschef im Landtag.“[375]

Rostock-Lichtenhagen war DDR-weit einer jener Stadtteile mit der höchsten Geburtenrate und dem höchsten Anteil an jungen Familien. Seine Bewohner fanden einst mehrheitlich Arbeit auf der angrenzenden Werft, als Stahlbauschlosser, Schiffsbauer, Schweißer. Das waren die Rand-bedingungen, die natürlich auch den Oberen bekannt waren. Und möglicherweise auch der Grund, ausgerechnet im dichtbesiedelten Lichtenhagen einen Testlauf durchzuziehen.

---

373 PI, „Warum Ostdeutsche extreme Parteien wählen“, 12.06.2008, Kommentar v. ‚sophist‘

374 ‚RobinderHut‘, „POLITIKFOREN.NET, „Rostock - 24 Jahre nach den ausländerfeindlichen Krawallen“, 25.08.2016

375 DER SPIEGEL 36/1992, „Ernstes Zeichen an der Wand - Nicht nur Fremdenhaß, vor allem Enttäuschung über Bonner Politik-‚Versagen‘ und über das Elend im Osten hat sich bei den Krawallen von Rostock entladen. Kanzler Kohl will die Ursachen nicht wahrhaben, er glaubt, Stasi-Leute hätten den Aufruhr angeführt“, S. 24

Der Untersuchungsausschuß faßte die damalige Situation später wie folgt zusammen: „Auf der Grundlage des Asylverfahrensgesetzes, das durch den Beitritt der fünf neuen Bundesländer gemäß des Einigungsvertrages im Lande Mecklenburg-Vorpommern in Kraft getreten ist, war das Bundesland verpflichtet, eine Einrichtung zur Aufnahme von Asylbewerbern zum 01.12.1990 zu schaffen. Bis Mitte 1991 wurden überwiegend Asylbewerber aus dem Länderausgleich in der Einrichtung aufgenommen. Die Bewerberzahl lag zwischen 60 bis 70 Personen monatlich. Ab Mitte 1991 nahm die Zahl der Antragsteller, die nicht aus dem Länderausgleich kamen und daher aktenmäßig erfaßt waren, sondern ihren Asylantrag erstmals in Rostock gestellt haben (sog. Direktbewerber), drastisch zu.[376]
Diese beinhalten die Entgegennahme des Asylantrages der Direktbewerber, das heißt, die Aufnahme der vom Ausländer persönlich geschilderten Tatsachen, die seine Furcht vor politischer Verfolgung begründen. Da die überwiegende Anzahl der Asylbewerber keine oder nur sehr geringe deutsche Sprachkenntnisse besitzen, bedarf es darüberhinaus entsprechend sprachlich ausgebildetem Behördenpersonal oder der Unterstützung von Dolmetschern.“[377]
Mit anderen Worten, die Aufgabe des bundesdeutschen Staates ist es, die „Unterbringung der Direktbewerber einschließlich deren medizinischer Versorgung bis zur Weiterverteilung an die Landkreise und kreisfreien Städte“[378] sicherzustellen. Darüberhinaus gibt es finanzielle Zuwendungen, die das Einreisen lukrativ macht und man Verwandte und Freunde mitbringt.
Weiter heißt es: „Das Aufnahmevermögen der ZASt wurde zusätzlich dadurch gemindert, daß ständig notwendige Reparaturmaßnahmen an der Inneneinrichtung der Unterkunft zeitweise nur eine Nutzung der Hälfte der Räume zuließ. Ursache für diese Reparaturmaßnahmen waren u. a. mutwillige Zerstörungen des Inventars durch vorwiegend rumänische Asylbewerber. Dies führte zu einer Vergrößerung der Zahl von Asylbewerbern, die im Sommer 1992 zu Hunderten vor der ZASt lagerten. Häufig warfen rumänische Asylbewerber Bettzeug und Matratzen aus dem Fenster, um im Freien auf den Grünflächen zu schlafen, ...
Der Ausländerbeauftragte der Hansestadt Rostock, Dr. Wolfgang Richter, unterrichtete Oberbürgermeister Dr. Kilimann im Sommer 1991 über die ‚außerordentlich schwierige‘ Situation, ‚weil ja diese Zentrale Anlaufstelle als Aufgang in diesem Wohnblock mitten in diesem Neubaugebiet lag‘. Es sei ‚zunehmend im Sommer 1991 schon zu massiven Problemen‘ gekommen, weil sich ‚Jugendliche vor dieser Zentralen Anlaufstelle sammelten und dort auch auf die Anwohner belästigend wirkten, so daß es also in dieser Zeit zunehmend Proteste gab‘.
Der Leiter der ZASt seinerseits informierte den Leiter der Ausländerabteilung im Innenministerium mit Schreiben vom 03.07.1991 über Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Betrieb der ZASt. Er traf u. a. auch die Feststellung, daß ‚aufgrund der nicht vorauszusehenden extremen negativen Verhaltensweisen eines größeren Teils der Asylbewerber, sich die Bedingungen einer wohnungsmäßigen Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft als unzweckmäßig erwiesen haben‘.
Auch Beschwerdebriefe von Anwohnern in unmittelbarer Umgebung der ZASt vom 13.06.1991, 19.06.1991 und 16.10.1991 an den Senat der Hansestadt Rostock belegen, daß von der Aufnahmestelle erhebliche Störungen ausgingen. In diesen Schreiben ist u. a. von ‚Randalierern, Prügeleien zwischen Deutschen und Asylanten, Schmutz, Dreck und nächtlichem Zerschlagen von Flaschen‘ die Rede. Bis weit in das Jahr 1992 hinein war die ZASt rund um die Uhr geöffnet. Seit Ostern trat immer wieder das Problem auf, daß Asylbewerber, die sich am Wochenende meldeten, nicht untergebracht werden konnten, da die Kapazitäten belegt waren. Ab Monat Mai 1992 spitzte sich die Lage drastisch zu, so daß es Tage gab, an denen die Asylbewerber nicht alle aufgenommen werden konnten, der Rest verblieb draußen. Nach Angaben eines weiteren Mitarbeiters der ZASt, Herrn Spiering, bereitete der Umstand, daß durch Schlepper nachts Asylbewerber in LKW und Kleinbussen gebracht wurden, die dann morgens vor der ZASt lagerten, große Probleme. Ab etwa 18. Juni 1992 war die ZASt total überfüllt. Außerdem führte auch das Unterbringen der vor der ZASt lagernden Asylbewerber nicht zur Abhilfe, da nach zwei bis drei Stunden wieder Asylbewerber dort lagerten. …“[379]
Das Problem war hausgemacht. Mit anderen Worten, es war politisch gewollt. Punkt.

[376] LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN, „BESCHLUSSEMPFEHLUNG UND ZWISCHENBERICHT“, Drucksache 1/3277, 16.06.1993, S. 17
[377] LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN, …, Drucksache 1/3277, 16.06.1993, S. 18
[378] LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN, …, Drucksache 1/3277, 16.06.1993, S. 18
[379] LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN, …, Drucksache 1/3277, 16.06.1993, S. 21-23

„Mitte Juli sah sich Landrat von Helmstedt, Friedrich-Wilhelm Jaeger (SPD), veranlaßt, sich bei seinem Parteigenossen und Ministerpräsident Gerhard Schröder zu beklagen: die Stimmung der Bevölkerung sei aufgrund der skandalösen Benehmensweise auf den Nullpunkt gesunken. Kleidung und Lebensmittel werden abgewiesen, nur Geld sei gefragt. In Oelixdorf, inmitten eines bürgerlichen Wohngebiets der schleswig-holsteinischen Gemeinde (1.900 EW) hat die Landesregierung die zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber untergebracht, mit mehr als 400 Asylanten auf dem Gelände. Anwohner versuchen, ihre Häuser zu verkaufen, um anderswo in Frieden zu leben. ‚Aber unser Haus nimmt doch keiner mehr', sagt Heinz Breiholz, der mit Frau und zwei Kindern gegenüber der Ausländerunterkunft wohnt. Was ihn und seine Nachbarn zudem verunsichert, ist die ‚Ohnmacht' (er meint die Anweisung der politisch



Bild 74: Ist es wirklich der Politiker Schuld, daß Deutsche nicht Freund von Feind unterscheiden können? Warum wollen denn so viele Menschen nach Deutschland? Nguyen Dung Tuan, Händler aus Vietnam: „Die Leute kommen nach Deutschland, weil das Leben zu Hause schwer(er) ist.“[380]

Verantwortlichen, sich zurückzuhalten und n i c h t einzugreifen) der Polizei. Der Bürgermeister von Gelnhausen (hessische Kleinstadt, 20.000 EW und 1.000 ‚Asylanten'), Jürgen Michaelis (CDU) sagt: ‚Das Maß ist voll. Seit Jahresanfang sei die Kriminalität um 45 Prozent angewachsen. Anfang dieser Woche telegraphierte Michaelis einen ‚Notruf‘ an Bundeskanzler Helmut Kohl. Am selben Tag schickte Bürgermeister Michaelis ein Telegramm an den hessischen SPD-Ministerpräsidenten Hans Eichel."[381]

Kohl und Eichel haben sich vor Lachen wahrscheinlich eingemacht. Anderen geht es nicht so gut. Die BILD schreibt: „Oelixdorf. Drei Rumänen (22, 25, 28) zerrten eine junge Frau (18) im Asylantenheim in einen Wohncontainer. Sie bedrohten sie mit einem Messer, vergewaltigten sie die ganze Nacht.“[382]

In der Bundesrepublik setzen Bürgermeister lieber Deutsche auf die Straße, weil ansonsten Ausländer in Deutschland ohne Obdach sind: „‚WIR wissen keinen anderen Ausweg, wie wir notfalls weitere Asylbewerber unterbringen können', sagte der Gemeindedirektor von Großefehn, Werner Konopka, 44, WELT am SONNTAG. Als nächstes ‚muß' notgedrungen die ehemalige Schule Westgroßefehn als Unterkunft für Asylsuchende hergerichtet werden.'"[383][384]

DIE WELT AM SONNTAG fährt fort: „Über 1.000 Bürgermeister und Amtsvorsteher aus Schleswig-Holstein haben Bundeskanzler Helmut Kohl und anderen führenden Politikern eine Resolution übermittelt. In dem vom schleswig-holsteinischen Gemeindetag formulierten Text, heißt es: ‚Die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, eine Politik, die im Ergebnis den Mißbrauch des Asylrechts toleriert, im gemeindlichen Bereich wirksam aufzufangen. Die verfehlte ~~Asylpolitik~~ Kolonisation ist ein Grund für die Zunahme der Ausländerfeindlichkeit.'"[385]

Auch anderswo: „Mein Sohn hat mir das erzählt, er war vor einigen Monaten in irgendeinem IKEA, wo weiß ich nicht mehr. Da wurde ein 3-jähriges Kind vermißt und ausgerufen. Sofort gingen alle Türen zu, niemand kam mehr raus oder rein. Was einen Riesen-Tumult zur Folge hatte. Es wurde alles abgesucht, das Kind wurde auf einer Toilette gefunden. In Begleitung von Zigeunern, die dem Kind auch schon andere Kleidung übergezogen hatten.“[386]

Überall in Deutschland gibt es solche Zustände. Warum eskalierte es damals in Rostock? Weil dort die Randbedingungen für Proteste gegen bundesdeutsche Zumutungen, viele Familien, viel Jugend, Arbeitermilieu, am ausgeprägtesten vorhanden waren.

---

380 Norddeutsche Neueste Nachrichten, „Krawalle: Bürger und Politiker uneins - Lichtenhäger fühlen sich von Politik allein gelassen“, 25.08.1992, S. 9

381 WELT am SONNTAG, „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen - Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit Radikalen sympathisierten. Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland", 30.08.1992, S. 4, 5, Artikel v. Hans-Joachim Nöh

382 Bild (Hamburg), „Nachrichten - Vergewaltigt“, 23.07.1992, S. 10

383 WELT am SONNTAG, Nr. 52, „Im ostfriesischen Großefehn droht Mietern von Gemeindewohnungen die Kündigung - ‚WIR wissen keinen anderen Ausweg, Asylbewerber unterzubringen", 27.12.1992, S. 4

384 WELT am SONNTAG, Nr. 52, „Gericht bestätigt: ‚Gefahr für öffentliche Ordnung durch Obdachlosigkeit - Stadt Kiel beschlagnahmt private Wohnungen für Asylanten - Ein Fall aus Kiel zeigt, daß es Ordnungsbehörden rechtlich möglich ist, Asylbewerber gegen den Willen der Eigentümer in private Häuser und Wohnungen einzuweisen", 27.12.1992, S. 5, Artikel v. Fred Haufschild

385 WAS, „1.000 Bürgermeister schrieben wegen Asyl an Kohl: Gemeinden am Ende ihrer Kraft", 01.11.1992, S. 3

386 ‚Pillefiz‘, POLITIKFOREN.NET, „Versuchte Kindesentführung …“, 21.09.2014



Ausgangslage

„In den Jahren 1991 und 1992 war die Zahl der in Rostock-Lichtenhagen untergebrachten ‚Asylbewerber‘ kontinuierlich angewachsen. Im Sommer 1992 nahm die Situation schließlich dramatische Formen an. Notrufe der Rostocker Stadtverwaltung, zunächst an die Landesregierung in Schwerin, dann in Richtung Bundesregierung in Bonn, verhallten ungehört oder wurden bestenfalls dilatorisch unter der Begleitmusik politisch korrekter Allgemeinplätze in die Sphären des Unverbindlichen geleitet. Schließlich war die ZASt restlos überfüllt, weshalb die ‚Asylbewerber‘[387] teilweise im Freien kampieren mußten. Derweil trafen täglich weitere ‚Asylsuchende‘ ein oder wurden von Schleuserbanden abgesetzt. Überwiegend handelte es sich um Zigeuner[388] aus Rumänien.“ [1, Seite 23]

„‚Warum bringen Sie dieses Elend nicht an die Öffentlichkeit!‘ fordert am Dienstagabend eine Lichtenhägerin am OZ-Lesertelefon. ‚Die Asylanten schlafen vor unserem Fenster. … Wir haben Angst. Die(se) Politiker tun einfach nichts. Eben habe ich fast 200 Leute gezählt!‘

Tatsächlich hatte sich die Situation in den letzten Tagen noch einmal dramatisch zugespitzt. ‚Wir gehen davon aus, daß die ‚Asylbewerber‘ über organisierte Wege zu uns kommen‘, bestätigt Innensenator Peter Magdanz (SPD). ‚Je besser wir die einen unterbringen, um so größer ist der Zuspruch neuer ‚Asylbewerber‘ am nächsten Tag.‘ Mehrfach hätten Augenzeugen beobachtet, wie Roma mit LKW (unter den Augen deutscher Staatsorgane) zum Heim gebracht wurden.“[389]

„Die OSTSEE-ZEITUNG schrieb im Vorfeld der Ereignisse: ‚Die ‚Ohnmacht‘[390] der deutschen Politik, das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf Asyl politisch Verfolgter sinnvoll anzuwenden, wird kaum jemanden deutlicher vor Augen gehalten, als den Lichtenhägern. Vor allem Sinti und Roma belagern die Freiflächen um das Haus der Zentralen Aufnahmestelle des Landes für Asylbewerber. Sie kampieren dort unter freiem Himmel, weil die 320 Plätze im Haus belegt sind. Pappkartons sind ihr Dach über dem Kopf, Büsche und Treppenhäuser ihre Toiletten. Die Grünanlagen ihre Müllhalden. Viele Mieter haben Angst, fühlen sich belästigt.

[387] In Anführungsstriche geschrieben. Roma und Sinti kamen nicht, weil in Rumänen Krieg, systematische Verfolgung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen herrschten, sondern weil die Bundesregierung per Gesetz finanzielle Anreize geschaffen hatte, die eine Übersiedlung in die BRD attraktiv machte. In den Massenmedien wird nicht grundlos jeder ankommende Ausländer als „Flüchtling“ oder „Asylbewerber“ bezeichnet um zu verschleiern, daß es die Gesetze der Wohlfahrt für ankommende Ausländer sind, die Menschen aus sicheren Drittstaaten in die BRD locken (-> Massenansiedlungspolitik unter dem Deckmantel der Asylgesetzgebung und „Schutz für Flüchtlinge“).

[388] Zigeuner (spätmhd.) Die Z. sind ein haupts. in Europa verbreitetes Volk indischen Ursprungs, mit eigener Sprache und Gesittung. Sie sind mit den Drawida und Mon-Khmer verwandt.

[389] OSTSEE-ZEITUNG, „Schlepperbanden bringen bald die nächsten - Gestern wurden 200 im Freien campierende ‚Asylbewerber‘ in die Stadt gebracht“, 06.08.1992, S. 13

[390] In Wahrheit war es Absicht und keine „Ohnmacht“.



Sie wollen ausziehen, verlangen Mietminderung. Innensenator Peter Magdanz spricht von der gemeinsamen Verwaltung eines Notstandes durch die Stadt und das Land. ‚Bonn ignoriert einfach den Druck der Menschen', sagt der SPD-Politiker. ‚Wenn nicht schnell etwas passiert, wird es schon sehr bald keine Akzeptanz für wirkliches politisches Asyl in der Bevölkerung mehr geben.' Daß Ladendiebstähle in Rostock meist durch rumänische Zigeuner erfolgen, ist hier kein Geheimnis. Zu Hause verdienen sie umgerechnet drei Mark am Tag. Hier bekommen sie zehn Mark Sozialhilfe. Selbst wenn sie nach Monaten abgeschoben werden, hat es sich für sie gelohnt. Städte im Westen verweigern bereits die Aufnahme rumänischer Zigeuner."[391]
„98 Prozent der illegalen Grenzgänger sind ‚Rumänen'. Neben jungen Männern kämen vielfach ganze Familien und Sippen. Sie gäben hauptsächlich wirtschaftliche Gründe an."[392]
Hackert zitiert Bruno Wetzel: „„Bei der Unterbringung der ‚Asylbewerber' stehen die deutschen Kommunen inzwischen vor unlösbaren Aufgaben. Immer mehr wird der Lebensbereich der deutschen Bürger von überquellenden Gruppen rumänischer Sinti und Roma beeinträchtigt.
Die Folge ist ein unkalkulierbarer sozialer Sprengstoff, der sich zum Beispiel jetzt in Rostock in Zustimmung von Gewaltakten gegen im Asylbewerberheim untergebrachten Zigeuner ausdrückte. Im Freien kampierende Zigeunersippen hatten dort Gärten der deutschen Anlieger vollgeschissen und den Stadtteil Lichtenhagen in eine Müllkippe verwandelt. Die fremden Gäste bettelten aggressiv, zückten bei Zurückweisung das Messer, urinierten in Ladengeschäften, raubten Handtaschen, brachen in Wohnungen und Geschäfte ein. Der Protest der Bürger, deren Hunde und Katzen von Zigeunern an Lagerfeuern gebraten wurden, hatte keine ausländerfeindlichen Motive, sondern richtete sich gegen unzumutbare Verhältnisse.'[393]
[1, Seite 23-25]
Jene Ereignisse, die den Tagelöhnern der Lüge den Stoff für ihre Agitprop[394] lieferten, hatten ihre Wurzeln in einer leicht überprüfbaren Vorgeschichte, die von den Protagonisten der volkspädagogischen Erwünschtheit weitestgehend unter Verschluß gehalten wird. Die publizistische Unterschlagung dieser Vorgeschichte scheint zu bestätigen, daß von interessierter Seite noch immer versucht wird, die Existenz von Mörder-Genen, jener nobelpreisverdächtigen Entdeckung des Herrn Goldhagen,[395] im ‚Volk der Täter' für alle Welt nachzuweisen. Daß bei derartigen Bestrebungen Ursache und Wirkung vertauscht werden, ist eine als bekannt vorauszusetzende Regel im Desinformationsroulette. …
Auch eine OSTSEE-ZEITUNG hat es nicht gewagt, auf jene zwei Ereignisse näher einzugehen, die schließlich die Entwicklung zur Eruption brachten. Man plante die Ausplünderung einer in unmittelbarer Nähe liegenden Spar-Einkaufshalle. Einige Zigeunerinnen hoben zwischen den Gängen des Spar-Marktes ihre Röcke und verrichteten ihre Notdurft auf dem Boden. In dem daraus resultierenden Durcheinander drängen mehrere Dutzend Zigeuner in den Sparmarkt ein,

---

[391] OZ, „Lichtenhagen erlebt die ‚Ohnmacht' der Politiker gegenüber Asylproblem", 08.08.1992, S. 11
[392] OSTSEE-ZEITUNG, „4.400 wollten illegal über ‚grüne Grenze' nach Mecklenburg-Vorpommern - 3.500 Grenzgänger wurden aufgegriffen", 26.08.1992, S. 1
[393] Deutsche Wochen-Zeitung, Nr. 38, „Zigeuner über Zigeuner! - Wie sie sich aufführen", 11.09.1992, S. 1
[394] Agitation und Propaganda
[395] Daniel Jonah Goldhagen, „Hitler's Willing Executioners", 1996

um ihn auszuplündern. Die Tat verbreitete sich in Windeseile in ganz Rostock, um schließlich von einem Ereignis noch übertroffen zu werden, das zum endgültigen Auslöser der sich ergebenden Entwicklung wurde. Eine 36-jährige Deutsche wurde in das ‚Sonnenblumenhaus' (ZASt) entführt und mehrere Stunden lang von Zigeunern vergewaltigt. Schließlich gelang es ihr zu flüchten. Es war diese Gruppenvergewaltigung, die das Faß endgültig zum Überlaufen brachte. Jene Kreise, die die Entwicklung in ihrem Sinne vorangetrieben hatten, befanden nun, daß die Gelegenheit zum Handeln gekommen sei." [1, Seite 26, 27]

Die WAMS schreibt: „‚Heller Wahnsinn' sei es gewesen, in einem Wohngebiet mit 40 Prozent Arbeitslosigkeit ein Asylantenheim einzurichten, sagt der Rentner Johannes Schucht, ein Nachbar der inzwischen geräumten Unterkunft. Man habe seit anderthalb Jahren den Rostocker Senat und die Landesregierung vor dem sozialen ‚Sprengstoff' und den Folgen gewarnt. ‚Als dann noch in Scharen die Zigeuner kamen, wurde das Leben hier zur Hölle. Aber niemand hat uns geholfen', klagt Schucht. Was er und andere Anwohner des elfstöckigen Hochhauses, in dem die ‚Asylanten' untergebracht waren, vor allem über die letzten acht Wochen berichten, löst bei zahlreichen Zuhörern ungläubiges Kopfschütteln aus. Eine junge Frau erzählt, sie sei auf dem Weg zum Supermarkt von drei Zigeunerjungen angebettelt worden. ‚Als ich nichts geben wollte, hielten zwei von ihnen mich an den Armen fest, der Dritte hat mich angepinkelt.'

Der Zustrom von Zigeunern aus Rumänien setzte mit den warmen Temperaturen ein. Als das Rostocker Asylantenheim mit seinen 300 Plätzen überbefüllt war, campierten sie zu hunderten auf dem Rasen vor und hinter dem Wohnblock. Viele der Zigeuner wurden offenbar illegal eingeschleust. Rentner Schucht schildert, was er eines Nachts von seinem Balkon aus beobachtete: ‚Vor dem Haus hielt ein LKW. Der Fahrer stieg aus, sah sich um, und als die Luft rein war, öffnete er den Laderaum, aus dem 40 Zigeuner kamen.'

Tagsüber mußten sich die Anwohner mühsam ihren Weg durch die Lagernden bahnen, wurden dabei, wie einige berichteten, als ‚Nazi-Schweine' beschimpft, bespuckt und bisweilen tätlich angegriffen. ‚Während die Kinder umherzogen und bettelten, lagen die Erwachsenen auf dem Rasen und tranken Alkohol', sagt eine Hausfrau. Und: ‚Die ließen ihren Abfall einfach neben sich liegen, und mitten drin verrichteten sie auch noch ihre Notdurft'. Wegen der Hitze habe es bestialisch gestunken, sagt ein arbeitsloser Schiffbauer und empört sich, daß die Stadt den Müll nur selten beseitigt habe. ‚Einmal wurde hier gründlich saubergemacht, als der CDU-Politiker Schäuble die Werft in Warnemünde besuchte und hier vorbeifahren mußte. Er sollte die Zustände hier wohl nicht sehen'. Eine junge Mutter berichtet, ihren Kindern seien Fahrrad und Roller gestohlen worden. Andere Anwohner erzählen, häufig seien nachts Autos aufgebrochen und um die Häuserblocks Rennen gefahren worden. Ein Nachbar des Asylantenheims erwischte eines Nachts 15 Zigeuner in seinem Keller, den sie aufgebrochen hatten. ‚Bei einem Kontrollgang durch die Wohnungen', sagte er, ‚wurde eine Gruppe von Zigeunern angetroffen, die über einem Feuer auf dem Küchenfußboden Möwen grillten'. Das Essen, das ihnen täglich auf Staatskosten gebracht wurde, hätten sie aus dem Fenster geworfen.

Immer wieder versichern die Menschen in Lichtenhagen, keineswegs fremdenfeindlich zu sein. Sie erinnern daran, daß sie immerhin seit mehr als zehn Jahren Tür an Tür mit Ausländern leben, mit Vietnamesen, Angolanern, Mosambikanern und Kubanern. ‚Die sind gepflegt, hilfsbereit und benehmen sich eben wie Gäste', sagt Sieglinde Harbrecht, Inhaberin eines kleinen Schmuckgeschäftes. Das Auftreten der Zigeuner hingegen sei unzivilisiert und unzumutbar. Stammkunden eines SPAR-Supermarktes berichten: ‚Als eines morgens die Türen aufgeschlossen wurden, stürmte eine Gruppe Zigeuner ins Geschäft. Ein paar Frauen verrichteten vor Warenregalen ihre Notdurft, um die Mitarbeiter abzulenken. Währenddessen stopften sich andere Zigeuner die Taschen voll', erzählt eine Hausfrau. Robert Förstner, Vertriebsleiter von SPAR in Mecklenburg-Vorpommern: ‚Wir mußten eine private Wachmannschaft engagieren, um unsere Beschäftigten, Waren und Kunden zu schützen.'

Der Betreiber eines Hähnchen-Grill-Standes, neben dem Supermarkt erzählt, mehrfach hätte Zigeuner von ihm verlangt, (gestohlene) gefrorene Hähnchen und Enten zu grillen, die sie selber mitgebracht hätten. ‚Arm können die im übrigen auch nicht sein', sagt er, ‚denn manchmal wollen die bei mir 1.000-Mark-Scheine wechseln.'"[396]

---

[396] WELT am SONNTAG, „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen - Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit Radikalen sympathisierten. Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland", 30.08.1992, S. 4, 5, Artikel v. Hans-Joachim Nöh



Protest und Randale

Michael Born schreibt: ‚Bereits ein Jahr zuvor, am 26.07.1991, hatte Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann (SPD) sich an das Schweriner Ministerium gewandt und dem damaligen Innenminister Georg Diederich (CDU) mitgeteilt, die Zustände in und um das ZASt seien unhaltbar geworden, so daß er das Schlimmste befürchte: ‚Schwerste Übergriffe bis hin zu Tötungen sind nicht mehr auszuschließen.' Einen Monat später, am 28.08.1991, hatte der Minister dem Bürgermeister sein Verständnis bekundet und zugleich bedauert, keine schnelle Abhilfe schaffen zu können. Ungeachtet weiterer Eingaben der Rostocker Kommunalpolitiker sowie von Lichtenhagener Bürgern blieb die Situation im wesentlichen wie sie war.
Auch das, was die Rostocker Stadtregierung selbst hätte unternehmen können, wurde bewußt unterlassen. So erklärte z. B. der Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD) gegenüber seinem Parteifreund, dem Pressesprecher der SPD-Fraktion in Schwerin, Knut Degner, ‚daß es sehr wohl alternative Unterkunftsmöglichkeiten für die Roma gäbe. Es hätte beispielsweise in seiner Macht gestanden, die Asylbewerber in Turnhallen unterzubringen', dies habe er jedoch abgelehnt, da ‚die Roma dann mit Rumänien telefonieren und man am nächsten Abend vor demselben Problem steht'. Als Degner dies unter dem Eindruck der Rostocker Krawallnächte der Öffentlichkeit mitteilte, verlor er in der Folge seine bisherige Aufgabe als Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion.[397] [1, Seite 25]

Die allgemeine Lage und die daraus resultierende Stimmung der Bürger war den Stadtvätern nur zu bekannt. Die NORDDEUTSCHE NEUESTEN NACHRICHTEN brachte am 19. August 1992, die Tage vor Ausbruch der Krawalle, die folgende Nachricht: ‚Wenn die Stadt nicht bis Ende der Woche in Lichtenhagen für Ordnung sorgt, dann machen wir das. Und zwar auf unsere Weise.'[398] Der kommentarlose Abdruck einer anonymen (telefonischen) Drohung, erschienen in den NORDDEUTSCHE NEUESTEN NACHRICHTEN, ist höchst ungewöhnlich, zumal er nahezu zwingend einen Mobilisierungseffekt auslösen mußte. Zwei Tage später veröffentlichte die OSTSEE-ZEITUNG ein Interview mit drei Jugendlichen: ‚Wir werden am Sonnabend hier sein', sagte Chris. Die drei wollen davon wissen, daß die rumänischen Roma ‚aufgeklatscht' werden sollen. Die ‚Rechten' haben die Schnauze voll! ‚Wir werden dabei sein', sagte Thomas, ‚und du wirst sehen, die Leute, die hier wohnen, werden aus den Fenstern schauen und uns Beifall klatschen.'[399][400]

---

397 Michael Born, „Wer einmal fälscht. Die Geschichte eines Fernsehjournalisten", Köln 1997, S. 181f.

398 Norddeutsche Neueste Nachrichten, „Anonymer Anrufer kündigt ‚heiße Nacht' an - Gerät das ‚Asylantenproblem' außer Kontrolle?", 19.08.1992, S. 1

399 OSTSEE-ZEITUNG, „Lichtenhäger wollen Protest auf der Straße", 21.08.1992, S. 9

400 Mitteldeutsche Zeitung, „Mehr Sicherheit gefordert (700) Annaburger demonstrieren friedlich - Annaburger Bürger appellieren bei einer Demonstration an die Politik, ihr Sicherheitsgefühl zu stärken. Es ist die Reaktion auf die Pöbeleien, Beschimpfungen und Bedrohungen (durch angesiedelte Zigeuner)", 10.11.2014



Diese Informationen aus der Lokalpresse sind höchst eigenartig. Bestätigen sie doch, daß die Ereignisse von langer und anonymer Hand vorbereitet wurden. Zudem ist es mehr als ungewöhnlich, daß ein Gesetzesbrecher seine Tat im voraus ankündigt. Wenn etwas derartiges geschieht, dürfte eine Absicht dahinterstecken. So ist jedenfalls zu vermuten. [1, Seite 28, 29]
Was am Sonnabend, dem 22. August 1992 begann, und sich bis zum drauffolgenden Donnerstag im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen hinzog, hatte nicht nur starken Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung, sondern fügte dem Bild der BRD, arg vergröbert durch die mediale Brille in- und ausländischer Berichterstatter, schwersten Schaden zu.
Auch im hier abgehandelten Fall wiederholte sich eine gut eingespielte Konstellation. Einerseits hat eine weltweit veröffentlichte Meinung die ursächlichen Fakten durch Wahrheitsvertuschung aus dem Bewußtsein des Publikums verdrängt, andererseits haben Presse und Fernsehmeute, nach dem Motto ‚forget the facts, push the story', die Berichterstattung, nicht zuletzt durch Verteilung von Bestechungsgeldern und Selbstinszenierungen, in ihrem Sinne pervertiert.
Durch zugereiste Randalierer jedweder Couleur verstärkt, nahm die Entwicklung schließlich Folgeerscheinungen an, welche die eigentlichen Ursachen in das mediale Abseits drängten.
Ein kurzer Rückblick auf das Gesamtgeschehen erscheint deshalb zwingend notwendig: In der Nacht des 22. Augusts griffen ca. 150 bis 200 meist jugendliche Personen die, inmitten einer Plattenbausiedlung liegende, Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt), bekannt auch als ‚Sonnenblumenhaus', mit Steinen und Molotowcocktails an. Dies fand mitunter den Beifall der betroffenen Anwohner.[401] …
Am Abend des 23. Augusts versuchte die, inzwischen um mehrere hundert Personen angewachsene Menge, abermals die ZASt zu stürmen. Zudem war der angreifende Mob durch aus ganz Deutschland angereisten Krawallpöbel verstärkt worden. Die Auseinandersetzungen dauerten bis in die frühen Morgenstunden und wiederholten sich in den folgenden drei Tagen. Die Krawalle hatten sich, was offenbar beabsichtigt war, verselbständigt. Die Folge war, daß eine weltweilt mediale Berichterstattung die eigentlichen Ursachen unerwähnt ließ oder aus Gründen einer vorgetäuschten Objektivität nur marginal abhandelte. Wer versucht, die Ursachen der vergeblichen Bemühungen im vielfältigen Interessengestrüpp unterschiedlicher Instanzen in Rostock und Schwerin zu ergründen, der gewinnt den Eindruck, daß weder seitens der Bundes- noch der Landesregierung ein ernsthaftes Interesse an der Lösung des Rostocker Problems bestanden hat." [1, Seite 22]

[401] OSTSEE-ZEITUNG, „Krawalle in Rostock - Zusammengerottete Jugendliche wollten Asylunterkunft stürmen - Vor der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Rostock ist es am Wochenende zu schweren Krawallen gekommen. In der Nacht zum Sonntag versuchten rund 150 Jugendliche, gestern abend etwa 300, das Heim zu stürmen. Sie lieferten sich stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei. Die Randalierer schossen mit Leucht-raketen, warfen Steine und Molotow-Cocktails - Die Polizei setzte zur Abwehr Tränengas und Wasserwerfer ein", 24.08.1992, S. 1

Die NORDDEUTSCHE NEUESTEN NACHRICHTEN berichtet: „Bereits seit dem frühen Sonnabendnachmittag hatten sich vor der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern (ZASt) Jugendliche und Anwohner versammelt, die Parolen wie ‚Ausländer raus' und ‚Deutschland den Deutschen' riefen. Gegen die unteren Balkone und Fenster flogen Steine. Jede berstende Scheibe wurde durch den in der Nacht dann nahezu 5.000 versammelten Menschen begleitet. Die Heiminsassen versuchten sich mit aus den Fenstern abgefeuerten Raketen und ausgeschütteten Wassereimern gegen die Belagerer zu verteidigen. …
In den vergangenen vier Monaten hatten sich Bewohner von Lichtenhagen vor allem wegen Lärm- und Schmutzbelästigungen durch die Ausländer beim zuständigen Ortsbeirat, sowie bei Innensenator Magdanz (SPD) beschwert.

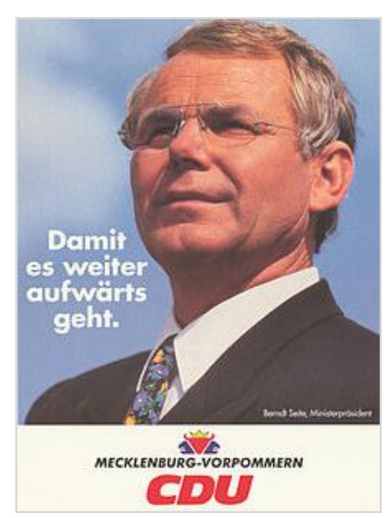


Bild 75: Der damalige Ministerpräsident Mecklenburgs, Berndt Seite. Mit Hohn gegen die Lichtenhäger gerne dabei. Seine Aussage sollte die eigene Schuld durch Unterlassung verschleiern.

Zwei bis drei Beschwerden täglich, bestätigt Magdanz. Weil das Asylbewerberheim mit 300 Plätzen zweitweise bereits überbelegt war, campierten Männer, Frauen und Kinder tagelang im Freien vor der ZASt. Wegen sich häufenden Diebstählen in der Lichtenhägener Kaufhalle mußte ein ständiger Polizeiposten eingerichtet werden. …"[402]
Hackert: „Den meisten Rostockern war schlicht und einfach der Kragen geplatzt: ‚Es ist Samstagabend, acht Uhr. Hunderte Menschen stehen vor der Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) in der Mecklenburger Allee. Polizisten versperren den Eingang des Hauses. Daneben aufgebrachte Menschen, zwanzig, dreißig, vierzig Jahre alt. ‚Uns reicht es! Es ist unerträglich. Überall Dreck, Müll, Unrat. Die Grünanlagen stinken zum Himmel, weil sie als Toiletten benutzt werden. Wir werden angespuckt, aggressiv angebettelt, beschimpft. Es wird täglich schlimmer.' Dorlet Friedrich (43) wohnt genau neben der ZASt. Sie will diesen Zustand nicht mehr ertragen, doch der dauert schon Monate. ‚Unsere Kinder können hier nicht mehr spielen', klagt Petra Dejaegher (38). ‚Wir lassen uns das nicht mehr gefallen', versichert Elke Wüstenberg (49).
(Folgetag) 13.00 Uhr. Wieder fliegen Steine. Immer wieder dröhnen die Rufe: ‚Ausländer raus!' ‚Wann ziehen die Politiker endlich Konsequenzen? Müssen wir uns selbst wehren?', fragt Bernd Stolze (26) aus Groß-Klein aufgebracht. Die Empörung und Enttäuschung der Lichtenhäger, nicht nur im Karree um die Mecklenburger Allee, in der als Nummer 18 die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber steht, hatte an diesem Abend ihren Höhepunkt erreicht. …
Aus dem Haus fallen Gegenstände herunter. Wer anfing, das ist nicht auszumachen. ‚Hätten die da oben nichts geworfen, wär's nicht so ausgegangen', wird Dorlet Friedrich am Sonntag früh sagen. Bleibt die Frage: Wann handeln die Politiker? Warum überhaupt kam die ZASt 1990 mitten ins Wohngebiet? Warum wurde sie nicht längst ausgelagert? Proteste der Bürger gab es genug.'"[403] [1, Seite 36]
Die WAMS: „Rostock-Lichtenhagen, wenige Tage nach dem Ausbruch der Krawalle: Viele Anwohner sind noch immer schockiert über das Ausmaß der Gewalt. ‚Daß das Problem auf die Art gelöste wird', versichern sie, ‚wollten wir nicht'. Aber, sagt Rentner Johannis Schucht, ‚so etwas war abzusehen. Doch auf unsere Warnungen hat ja niemand gehört'.
Wie Hohn erscheint es deshalb den Menschen in Lichtenhagen, daß Politiker wie der Schweriner Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) während der Krawalle forderte, der Rechtstaat müsse sich in dieser Situation von seiner starken Seite zeigen. ‚Wo war denn die starke Seite (dieses) ‚Rechtstaats', als wir von Zigeunern belästigt, bestohlen, bespuckt und angegriffen wurde?', fragen die Bürger. Rostock ist kein Einzelfall. In vielen anderen deutschen Städten und Gemeinden spielen sich täglich Szenen ab wie jene, die in Lichtenhagen der ‚rechtsradikalen' Gewalt den Nährboden bereitete."[404]

[402] Norddeutsche Neueste Nachrichten, „Nächtlicher Angriff auf Ausländerheim - 13stündiges Schreckens-Spektakel in Lichtenhagen", 24.08.1992, S. 4
[403] OSTSEE-ZEITUNG, „Stundenlange Straßenschlacht vor dem Asylbewerberheim - Einwohner erwarten von Politikern schnellstens Entscheidungen", 24.08.1992, S. 9
[404] WELT am SONNTAG, „Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen - Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit Radikalen sympathisierten. Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland", 30.08.1992, S. 4, 5, Artikel v. Hans-Joachim Nöh



„Seite, der sich bisher vor seinen seit den Ausschreitungen sichtlich angeschlagenen Innenminister (re. im Bild) stellte, ist seit seinem kürzlichen Israel-Aufenthalt sehr nachdenklich geworden. Denn dort wurde ihm drastisch vor Augen geführt, daß Rostock seit den schweren ausländerfeindlichen Krawallen im Ortsteil Lichtenhagen im Ausland mit neuem deutschen ‚Faschismus', gewalttätigen ‚Rechtsextremisten' und ‚Ausländerhaß' gleichgesetzt wird.
Der Schweriner Regierungschef mußte feststellen, daß der Schaden für Mecklenburg-Vorpommern unübersehbar ist. Bei der Vernehmung von Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann (SPD) und Stellvertreter Wolfgang Zöllick (CDU) wurde überdies deutlich: Die Stadt wußte, welchen Sprengsatz die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) im Vorort Lichtenhagen bedeutete. Angesichts ständiger Überbelegung kampierten dort seit Monaten hunderte Ausländer auf einer Grünfläche vor der ZASt, obwohl es in der Stadt freie Unterkünfte gab."[405]
Noch einmal zur Frage, warum so viele Angehörige fremder Völker nicht nach Korea, wohl aber nach Deutschland streben, desinformiert DIE WELT: „Auf einem Video, das als Spielfilmkassette ‚Die Jäger' getarnt war, ist Marian zu sehen, Anführer (Bulibascha) einer Roma-Sippe aus Rumänien. Er ist gut gekleidet, am Handgelenk prangt eine goldene Armbanduhr, am Finger ein Siegelring. ‚Sagt allen', sagt er auf rumänisch, daß sie hierher kommen sollen! Der WELT liegen die Übersetzungsdokumente eines vereidigten Dolmetschers vor. Vor ihre Aufnahme als ‚Asylbewerber' in der Bundesrepublik, so erzählen die beiden Roma-Brüder auf dem Video, seien sie schon in Österreich, Italien, Frankreich, Holland, Luxemburg, Belgien und der Schweiz gewesen. In Deutschland aber sei es am besten. ‚Hier gibt es (für uns) alles', schwärmt das Duo, ‚zu essen, zu trinken und auch Unterhaltung!
Ein junger Roma erzählt, daß er gut 10.000 DM besitze, … Auch von Bordellbesuchen wird berichtet, von ‚Nächten in Clubs und Bars.' Und die Botschaft lautet: ‚Alle Zigeuner aus Rumänien sollen herkommen.' Von Januar bis September bewarben sich über 74.000 Rumänen in Deutschland um Asyl. Die meisten von ihnen sind Roma, oder wie sie und ihr König Ion Cioaba (Zigeunerkönig) sich selbst nennen, Zigeuner."[406]
Natürlich kamen die Zigeuner nicht, weil sie Videos drehten. Sondern weil bundesdeutsche Politiker die weltweit einzigartigen Gesetze schufen, die das Pampern von fremden Ausländern vorschreiben. Deutsche Politiker wissen das natürlich. Ab und an tun sie so, als wollten sie ihre Ansiedlungspolitik ein wenig abbremsen. DIE WELT schreibt: „Die Maßnahmen soll den Anreiz für Ausländer verringern, nach Deutschland zu kommen. Die Koalition will die Sozialhilfe für Ausländer kürzen. Die Senkung um 25 Prozent auf 381 Mark monatlich sei vertretbar, weil die Grundbedürfnisse von ‚Asylbewerbern', etwa Wohnen, Essen und Schlafen, durch Sachleistungen (der Deutschen) sichergestellt werde."[407]
In all der Aufregung zwischen dem Ansturm fremder Völker, den Unmut der eigenen Bevölkerung und der Hetze der politisch Verantwortlichen legte sich der Vorsitzende des Innenausschuß mit den Falschen an: „Karl-Heinz Schmidt, zugleich Innenausschuß-Vorsitzender der Rostocker Bürgerschaft, hatte Bubis vor Journalisten gefragt: ‚Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ihre Heimat ist Israel. Ist das richtig so? Wie beurteilen Sie die täglichen Gewaltakte zwischen Palästinensern und Israelis?' Ignatz Bubis, der Rostock wegen der Krawalle besuchte, konterte: ‚Sie wollen mit anderen Worten wissen, was ich hier eigentlich zu suchen habe?'"[408] Schmidt trat noch am Abend zurück.

[405] DIE WELT, „Das häßliche Bild Rostocks wurde Seite in Israel bewußt", 10.11.1992, S. 2, Artikel v. Diethart Goos
[406] DIE WELT, „Wegweiser zum Asyl-Mißbrauch - Schlepper-Videos locken Roma nach Deutschland", 06.11.1992, S. 1, Artikel v. Harald Günter
[407] DIE WELT, „Berufssoldaten nach Zirndorf - Regierung will Verfahren beschleunigen und Sozialhilfe kürzen", 14.11.1992, S. 3, Artikel v. Martina Fietz
[408] DIE WELT, „Eklat bei Besuch des jüdischen Zentralrats in Rostock - Innenausschuß - Vorsitzender Schmidt brüskiert Bubis, und legt am Abend sein Bürgerschaftsmandat nieder", 03.11.1992, S. 2



Bild 76: Bereits am Montag, den 24. August 1992, läßt der Rostocker Senat die ZASt räumen.

Jasper von Altenbockum schreibt: „Der Sozialarbeiter macht sich keine Illusionen. Er nimmt sie nicht in Schutz, ärgert sich aber genauso über das, was die Politiker in Mecklenburg-Vorpommern und in Rostock getan haben. ‚Das hätte man wissen müssen, schon lange‘, sagt er und greift sich an den Kopf. Schon im Februar habe sich die ‚rechte' ‚Szene‘ mit der Polizei und dem Innensenator von Rostock getroffen, hier im Clubhaus. Da sei dem Polizeichef gesagt worden: Wenn hier noch mehr Ausländer herkommen, dann protestieren wir. ‚Warum hat man die Asylbewerber nicht früher schon weggebracht? Oder wenigstens in Zelten untergebracht, das hätte doch schon gereicht.' Stattdessen mußten sie vor dem Gebäude im Freien hausen. In Rostock streiten sich jetzt die Kommunalpolitiker, ob das gewollt war oder nicht. Briefe seien dann geschrieben worden, viele Briefe, erzählen die Kinder. Das sagen sie auch Frau Merkel. Sie zeigt insofern Verständnis, weil sie weiß, daß die Flut der ‚Asylbewerber' noch einmal sprunghaft angestiegen ist. ‚Aber Gewalt', antwortet die Jugendministerin dann, ‚Gewalt darf nicht sein. Erst müssen wirklich alle friedlichen Mittel ausgeschöpft werden.‘ ‚Haben wir doch!' antworten die Kinder. …“[409]

„Ihrer 14-jährigen Schwester sei ‚zwischen die Beine gegriffen worden‘, erzählt eine Lichtenhägerin. Man hat sich nicht mehr aus dem Haus getraut, abends.“[410]

„Wie in Hoyerswerda liegt das Asylbewerberheim in Rostock mitten im Neubaugebiet, wo die Arbeitslosigkeit von offiziell 17 Prozent die Menschen noch tiefer verzweifeln und die Aggression noch höher steigen läßt, als anderswo. ‚Dreht euch doch um 180 Grad und schlagt auf die (verantwortlichen) Politiker‘, habe das Publikum seinen Polizisten zugerufen, berichtet der Chef des Landeskriminalamts von Mecklenburg-Vorpommern, Siegfried Kordus. … Es gab jedesmal Beifall, wenn ein Stein einen Polizisten getroffen hat‘, berichtet ein Augenzeuge. Auch die derzeit wahrscheinlich noch in dem Heim untergebrachten ‚Asylbewerber‘ sollen im Laufe der Woche in eine ehemalige Armeekaserne in den weniger dichtbesiedelten Stadtteil Hinrichshagen verlegt werden.“[411]

„„Für den Ausländerbeauftragten des Landes Winfried Rusch ist es eine Tatsache, daß sich normale Bürger zu den Randalierern ‚fast parteiergreifend‘ verhalten. Für den angestauten Unwillen der Einwohner äußerte Rusch gestern Verständnis. Die Krawalle führte er vor allem auf die Zigeuner zurück, die sich in keiner Weise wie Gäste verhielten. Es ginge nicht an, daß in Kellereingängen, unter Balkonen und in Kaufhallen die Notdurft verrichtet werde. Dazu würde das Umfeld ‚insgesamt verunsichert‘ durch Diebstähle, Lärm, Anpöbelungen von Frauen, Rasereien mit nichtversicherten Autos, Straßenhandel mit gestohlener Ware. Rusch bestätigte, daß immer mehr Sinti und Roma Asylanträge stellten.‘“[412]

---

[409] Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Im ausgebrannten Jugendhaus von Groß-Klein zeigen die Kids an die Wand, dort steht: Total normal - Frau Merkel bei Skinheads in Mecklenburg-Vorpommern", 02.09.1992, S. 4

[410] Frankfurter Rundschau, „Die Scherben werden weggekehrt, der Ruf ist nicht zu kitten - Das schöne, saubere Viertel, die Fremden und die Lebensqualität: Warum Tausende in Rostock dem Krawall applaudierten“, 25.08.1992, S. 3, Artikel v. Axel Vornbäumen

[411] Sächsische Zeitung, „Und die Zuschauer grölten, wenn ein Polizist getroffen wurde, aus Rostock-Lichtenhagen wurde ein zweites Hoyerswerda“, 25.08.1992, S. 3, Artikel v. Bettina Vestring

[412] OSTSEE-ZEITUNG, „Provozierter Unwillen - Ausländerbeauftragter Rusch zu den Vorfällen“, 25.08.1992, S. 3



Eskalation der Gewalt

„Der harte Kern der Randalierer hat sich derweil vor dem Heim zusammengezogen. Jedesmal wenn er wieder einen Molotowcocktail plaziert hat und die Flammen an den Vorhängen hochklettern, steigert sich der Lärm zum Jubel. Das ist Anlaß, ‚Ausländer raus! Ausländer raus!' zu skandieren und ‚Deutschland den Deutschen!' Die Umstehenden finden das richtig. Wer anderer Meinung ist, traut sich jetzt vielleicht nicht mehr vor die Tür. Die Leute auf der Straße jedenfalls sind einer Meinung und halten sich und die Gewalttäter für unschuldig.

Die wahren Verantwortlichen sieht man in den Politikern. Was jetzt geschehe, habe man lange schon absehen können. Die Zustände im Wohnheim seien unerträglich gewesen, doch niemand habe etwas unternommen. Tatsächlich war das Heim überbelegt, Neuankömmlinge mußten auf den Gängen, den Balkons und auf der Grünfläche vor dem Haus übernachten. Und gerade letzteres hat die Leute furchtbar erregt. Überall hätten die Asylbewerber ihre Notdurft verrichtet, süßlich habe es um den Block nach den Exkrementen gerochen, man habe als Autofahrer das Fenster hochkurbeln müssen. Und im Supermarkt soll es ähnlich gewesen sein. Die Zigeuner, die hier untergebracht waren, niemand spricht wirklich von ‚Zigeunern', hätten zwischen die Regale gepinkelt. Und von Diebstahl und Bettelei ist die Rede. Nachts habe man sich nicht mehr sicher bewegen können."[413]

„Irgendwann kam der Augenblick wo es einfach nicht mehr ging und es wurden die lokalen Medien über eine Protestaktion der Bewohner dieses Stadtteiles informiert. Mit diesem lokalen Aufruf einer geplanten Bürgerprotestaktion, wurde eine gigantische Verleumdungsmaschinerie der öffentlichen Medien in Gang gesetzt. Aus den Bürgern, die gegen diese menschenunwürdigen Zustände protestieren wollten, wurden in den Medien schnell ausländerfeindliche Nazis. Eine bundesweite ungeheuerliche Hetze[414] gegen diesen Bürger-protest wurde losgetreten, mit dem Erfolg, daß dieses wie eine Generalmobilmachung für alle Skins und Nazis in den Medien wirkte. Gerade aufgrund dieser Mobilmachung durch alle Fernsehsender kamen dann die wirklich gewaltbereiten Nazis nach Rostock.

Zwischenzeitlich wurden die Zigeuner aber außerhalb von Rostock untergebracht. Damit war die Angelegenheit für den Rostocker Bürgerprotest eigentlich erledigt. Aber die Mobilmachung der Fernsehsender hatte Wirkung gezeigt. Skins und Nazis aus allen Ecken der Republik waren angereist und wollten ihre Randale haben. Die Lichtenhagener hatten sich bereits weitgehend zurückgezogen. Das Tragische war, im Nebenaufgang dieses großen 11-stockigen Wohnhauses wohnten schon aus DDR Zeiten Vietnamesen. Das Verhältnis zwischen den deutschen und vietnamesischen war ein insgesamt Gutes gewesen.

413 Frankfurter Allgemeine Zeitung, „In der brutalen Stimmung der Anarchie schwimmen die Randalierer wie Fische im Wasser - Über den Angriff auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen berichtet Stephan Speicher", 26.08.1992, S. 3

414 ALLGEMEINE JÜDISCHE WOCHENZEITUNG, Nr. 48/15, „Zum zweiten Mal vertrieben - Klaus-Henning Rosen: Über die Gewalt gegen Ausländer in den neuen Bundesländern", 15.04.1993, S. 11, Artikel v. Anton Maegerle



Bild 77: „Dem 17-jährigen Frank S. plagen noch mächtige Kopfschmerzen (Schädelfraktur). Er hat einen Stein auf den Kopf bekommen, der aus der 7. Etage des Heims geworfen wurde. ‚Es war zunächst eine friedliche Demonstration. Die Ausländer haben dann die Gewalt provoziert und zuerst Steine geworfen. Ich finde gut, daß nun endlich was passiert. Lange genug haben sich die Bürger im Stadtteil alles gefallen lassen!' Der Jugendliche und der verletzte Polizist, Ingo P. (24) sind sich in einem einig: ‚Die Politik hat ‚versagt'.“[415]

Die Vietnamesen waren selbst von den herrschenden Zuständen betroffen und Teil des Bürgerprotestes. Wie sollte das aber ein Skin oder Nazi aus dem hintersten Winkel von Bayern oder Sachsen begreifen, und umsonst wollte man auch den langen Weg an die Ostseeküste nicht gemacht haben. Schnell waren die Vietnamesen als neues Ziel von den angereisten Chaoten erkannt und die Stimmung vor dem Lichtenhagener Haus wurde von diesen immer mehr aufgeheizt. Mit der Aufheizung der Stimmung kamen Fernsehsender aus aller Welt und bauten ihre Kameras und Übertragungsstationen vor dem Haus auf.

Natürlich in erwartungsvoller Stimmung. Denn immer mehr gewaltbereite Idioten rotteten sich vor dem Haus zusammen, die eigentlich von den Medien selbst gerufen wurden. Und alles verlief dann wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Die Polizei hatte bis dahin alles unter Kontrolle und den Fernsehsender war die Enttäuschung über die fehlenden Bilder anzumerken. Dann kam eine Anweisung, die niemals richtig untersucht wurde, und die Polizei wurde zurückgezogen. Auf einmal wurde das Haus schutzlos einer aufgebrachten Horde von Chaoten überlassen. Schnell flogen die ersten Brandflaschen und das Haus stand in Flammen.

Damit hatten die Fernsehsender endlich ihre Bilder, worauf sie schon seit Tagen gewartet hatten. diese Bilder gingen dann um die ganze Welt. Die Feuerwehr die vor Ort war, wurde massiv beim Löschen von den Chaoten behindert und die Polizei griff nicht ein, denn das Feuer war einfach für das Fernsehen noch zu klein. Denn die Welt sollte ein flammendes Fanal ostdeutscher Ausländerfeindlichkeit vorgeführt werden. Dessen nicht genug, in den nächsten Tagen übertrafen sich die Sender mit Berichten vom dumpfen, ostdeutschen Ausländerhaß, Neonazis wurden gezeigt, die mit einer Bierflasche in der Hand, die Parolen brüllten, die man hören wollte. Was die Sender aber verschwiegen, diese Szenen waren zum Teil von ihnen gestellt und die Parolen Schreier von Ihnen bezahlt. Über die in Strömen geflossen Tränen der Berufsbetroffenen brauche ich nicht weiter schreiben. Es wurde eine ganze Stadt denunziert und am Pranger gestellt, denn der häßliche Deutsche hatte mal wieder sein Gesicht gezeigt. Das zu meiner Lebenserfahrung mit der Aufrichtigkeit bundesdeutscher Politik, und die habe ich nicht nur alleine machen dürfen.“[416]

---

[415] OSTSEE-ZEITUNG, „Polizist und Jugendliche im Krankenhaus Bett an Bett“, 25.08.1992, S. 3
[416] PI, „Warum Ostdeutsche extreme Parteien wählen“, 12.06.2008, Kommentar v. ‚sophist'



Bild 78: Der „böse" Deutsche: Das Bild des Arbeitslosen Maschinisten, Harald Erwert,[417] ging um die Welt. Für den ausgestreckten Arm soll er, laut ARD, 50 DM erhalten haben. Ein großer Bierfleck im Schritt machte das Bild „perfekt".

„Der Streit darüber, wo die Grenze zwischen Information und Manipulation[418] durch die Medien verläuft, ist ungefähr so alt, wie das Zeitungswesen selbst. Nach Rostock ist diese Debatte neu entzündet. Gegen ein ZDF-Team liefen Ermittlungen wegen des Verdachts, die Fernsehjournalisten hätten Jugendliche zum Hitler-Gruß motiviert und junge Mädchen ausländerfeindliche Parolen schreien lassen.[419] Diese martialische Szene sei mit Geld erkauft worden. ‚Macht doch bitte für unsere Kamera den Hitlergruß! Grölt eure nationalen Haßgesänge!' Es soll auch ausländische Fernsehjournalisten geben, die jugendliche Skinheads harte Dollars dafür hingeblättert haben, nur um ihren Zuschauern mit gestellten Szenen ‚beweisen' zu können, wie die braune Flut in Deutschland wieder hochsteigt, weiß Oskar Fehrenbach in SAMSTAG AKTUELL zu berichten und kommt zu der Feststellung: ‚Die Freiheit der Medien ist absolut. Also auch die Freiheit zum Mißbrauch der Medienmacht.' Beiträge zwischen fünfzig und mehreren tausend DM sollen in den einzelnen Fällen zwischen den Jahren 1989 und 1992 von unterschiedlichen Sendern gezahlt worden sein. Beschuldigt wurden die Sender RTL; RIAS-TV, HESSISCHER RUNDFUNK und der japanische Fernsehsender TBS."
Armin Mohler ergänzt: „„Ich war 1979 als Experte zu einer Diskussionsrunde über ‚Neonazis' im WDR-Fernsehen geladen, unter Moderator Ivo Frenzel. Zu Beginn wurde ein Dokumentarfilm über ‚Neonazis in Berlin' vorgeführt. Da mir mit diesem Film irgendetwas nicht zu stimmen schien, fragte ich versuchsweise den neben mit sitzenden Autor des Films: ‚Wieviel habt ihr denn diesen beiden Deppen fürs Nazi-Spielen gezahlt?' Da er mich, wegen der Sitzordnung, für einen ‚vom Haus' hielt, grinste er: ‚165 Mark'. Kaum war unsere Runde auf Live-Sendung geschaltet, nützte ich das, um dem Fernsehpublikum mitzuteilen, daß der Hersteller des voraufgehenden ‚Dokumentarfilmes' mir soeben gestanden habe, zwei Berliner Halbstarken 165 DM für das das Mimen von ‚Nazis' gezahlt zu haben. Der zur Salzsäule erstarrte Sünder war so erschrocken, daß er nicht die Geistesgegenwart hatte, zu leugnen, er stieß bloß mit hochrotem Kopf hervor: ‚Ja, aber 165 DM für beide zusammen'. Herr Frenzel hat mich nie wieder eingeladen.'"[420] [1, Seite 30-35]

417 DER TAGESSPIEGEL, „Hitlergruß - Wofür schämt sich Harald Ewert?", 06.01.2002
418 Manipulation (lat.) die, -/-en, 1) Handhabung, Geschäftskniff, Machenschaft. 2) Psychologie, Politik, Werbung: Beeinflussung, Steuerung fremden Verhaltens, meist ohne daß sich die Betroffenen der Steuerung bewußt werden.
419 AFP, „Anstiftung zum Hitlergruß? Zwei kleine Mädchen sollen außerdem überredet worden sein, Prügel zu schwenken und ‚Ausländer raus' zu rufen", 31.08.1992
420 Dr. Armin Mohler, „Der Nasenring", 1989, S. 161



Instrumentalisierung

Die Medien finden, daß Rostock auch sein Gutes habe: „Der Fall Rostock hat nur ein Gutes: wer demnächst, angeblich aus Protest, wieder ‚rechts' wählt, weiß wenigstens, daß er den Mordversuch als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln billigt. Deutschland hat weniger ein Ausländer-, als ein Inländerproblem."[421]

Neben der verleumderischen Medienhetze[422] gibt es auch Erläuterungen, wie z. B.: „Etwa 60 Prozent der Asylbewerber in Sachsen sind Rumänen, die zum großen Teil über die Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik kommen. Ein Teil von ihnen ‚benimmt sich nicht, wie man das von Bewerbern um politisches Asyl erwarten sollte', sagt der sächsische Innenminister Eggert (CDU). Es sind Kriminelle; meist sind es Vermögensdelikte, die sie begehen, auch Vergewaltigungen sind vorgekommen. Solches nimmt die Bevölkerung pauschal gegen Asylbewerber und andere Ausländer ein."[423]

Die BILD will dem nicht nachstehen und suggeriert, daß die veröffentlichte Meinung im Ausland, beispielsweise in Großbritannien, wo die Zahl der Übergriffe Einheimischer gegenüber Fremden dreimal so groß ist wie in Deutschland, die Deutschen nicht mehr ertragen könne.[424]

Das Ziel ist Schuld- und Schamgefühle bei der Bevölkerung zu entwickeln denen nicht in den Sinn will, daß der eigentliche Urheber der Massenansiedlungspolitik ihre eigene Regierung ist. Warum geht es bei dieser Politik eigentlich? Während bundesdeutsche Medien ätzen[425], sieht das die NEW YORK TIMES eher imperial: „Eine Lehre aus der NS-Vergangenheit ist, daß alle ‚Flüchtlinge' eine faire und sorgfältige Prüfung ihres Antrags erwarten können, auch wenn ein solches Verfahren politisch unbeliebt ist. Von allen Ländern sollte gerade Deutschland diese historische Lektion beherzigen. Es ist an der Zeit, daß Deutschland Schritte unternimmt, um in diesem vielbeschworenen Zeitalter europäischer Identität eine heterogene Gesellschaft zu werden. Ausländer in Deutschland, einschließlich der ‚Flüchtlinge', sollten einen einfachen Zugang zu Stimmrecht und Staatsbürgerschaft gegeben werden."[426] Jetzt verstanden?

---

421 OSTSEE-ZEITUNG, „PRESSESCHAU - Krawalle", 26.08.1992, S. 2, hier zit. Aachener Volkszeitung
422 Deutsche National-Zeitung, „Geld für NS-Posen", 04.12.1992
423 Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Konsequente Abschreckung und Gespräche - Sachsen hat Lehren gezogen aus den Übergriffen von Hoyerswerda", 27.08.1992, S. 4, Artikel v. Albert Funk
424 Bild, „Ausland schimpft: Ihr Deutschen seid Nazis - Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein - England: ‚Zeit, daß jemand den Deutschen beibringt, daß wir sie satt haben'", 28.08.1992
425 Frankfurter Rundschau, „Überfall aus Asylbewerberheim - Verletzte (Deutsche) in Rostock - Anwohner ärgerte angeblicher Schmutz", 24.08.1992, S. 1
426 The New York Times, „Germany's Asylum Code Fuels Racism", 28.09.1992, Artikel v. THOMAS R. HEINRICH



Bild 79: Forderungen an Dritte zu stellen, ohne selbst betroffen zu sein, nennt man Heuchelei.

Die BRD ist ein Arbeitslager, aber nur für Deutsche. Manche sprechen es präzise aus, ohne sich dessen wirklich bewußt zu sein. Die Aufgabe der Staatsorgane ist es, den reibungslosen Ablauf und die Überwachung im Arbeitslager Bundesrepublik sicherzustellen. Eine Anwohnerin, Charlotte Hübner, ergänzt: „Ich bin 55 Jahre alt und wohne in Lichtenhagen, Mecklenburger Allee. Einmal möchte ich meinem Herzen Luft machen zum brennenden Thema.

Seit Monaten wurde in Lichtenhagen gestohlen, verunreinigt, Frauen belästigt und mehr. Da wagen Deutsche im eigenen Land, sich gegen diese Zustände aufzulehnen. Jugendliche nutzen diese Unruhe aus. Ich bedauere sehr, daß ein Wohnhaus in Flammen aufging und Menschenleben gefährdet waren. Ich bin aber schockiert, wie Reporter und Politiker uns alle als Rechtsradikale und Schläger bezeichnen. Die Wahrheit wird wieder verdreht, wie wir es aus DDR-Zeiten gewohnt waren. Wir aber haben zu schweigen. Unsere Politiker haben ja nicht persönlich mit den ‚Rumänen‘ zu tun. Jeder der möchte darf kommen, uns zu drangsalieren, ohne arbeiten zu müssen.“[427] [1, Seite 36, 37]

Warum kommen denn Ausländer, deren Anerkennungsquote null ist? Vielleicht weil die Bundesregierungen das genau so wollen? Natürlich kommen sie wegen dem Geld. Warum denn sonst? Sie kommen ja nicht wegen dem deutschen Wetter oder der deutschen Küche.

„In jedem Monat dieses Jahres stand Rumänien an die Spitze der Herkunftsländer (47.602). Weickhardt: ‚Immer noch sind mehr als 50 Prozent der rumänischen Staatsbürger, die Asyl beantragen, Sinti und Roma. Ihre Anerkennungsquote liegt bei 0,1 Prozent.'"[428]

Im Jahr 1982 schreibt die WAMS: „Dabei arbeiten die Asylanten-Bewerber weder umsonst, noch freiwillig, und viele von ihnen leben auf Kosten des deutschen Steuerzahlers hier besser als zu Hause: Sie erhalten 360 Mark Wohngeld (unbar), plus 220 Mark Sozialhilfe plus 50 Mark Taschengeld. Wer arbeitet, bekommt drei Mark pro Stunde, wer die Arbeit verweigert, erhält kein Taschengeld. Kamen 1977 noch 59 Prozent aller nach Deutschland einströmenden Asylanten nach Berlin, so waren es Mitte dieses Jahres nur noch ein Drittel."[429]

„Die ‚französische‘[430] Antirassismus-Organisation ‚SOS Racisme‘ forderte in einem Schreiben an die deutsche Botschaft in Paris, daß die Bürger der ehemaligen DDR, die vor drei Jahren die Mauer zu Fall gebracht hätten, heute auch die ‚rechtstaatlichen Regeln (gemeint: die Kolonisierungspolitik im Westen) eines ‚freien‘ Europas akzeptieren ‚müssen‘. Europäische Umerziehungsmaßnahmen zur ‚Demokratisierung‘ Ostdeutschlands forderte der britische Europaabgeordnete Alan Donnelly (Labour). Die LIBERATION in Paris erläutert unter der Überschrift ‚Rassismus ergreift Rostock‘, in den Straßen Rostocks sei das ‚Recht‘ auf Asyl gesteinigt worden.“[431] Die übliche Propaganda im Westen gegen die Europäer.

---

427 OSTSEE-ZEITUNG, „Wir lassen uns nicht als rechtsradikal beschimpfen - Lichtenhägerin empört über Reaktionen und Gleichmut von Politikern“, 29.08.1992, S. 11

428 WELT am SONNTAG, „1993 vermutlich neuer Asylanten-Rekord", 23.05.1993, S. 4

429 WELT am SONNTAG, Nr. 48, „Das Fink-Modell: Außer Geld auch Arbeit für Asyl-Bewerber", 28.11.1982, S. 15

430 Gegründet urspr. von jüdischen Studenten

431 Frankfurter Rundschau, „Rassisten im Garten des deutschen Michel - ‚Ausland‘ (in Wahrheit die Massenmedien der Elite) reagiert besorgt auf Ausschreitung - Erziehungsprogramm für Ostdeutsche angeregt“, 26.08.1992, S. 5



Bild 80: Die so nur bei Demokraten zu findende typische Umkehrung von Täter-Opfer. Einerseits eine Anlockpolitik zu betreiben und bei Klagen über asoziales und kriminelles Verhalten nicht zu reagieren heißt, selbst für Lunte und Pulver zu sorgen. Ziemlich perfide anschließend mit erhobenen Finger auszurufen: „Der Haß auf Fremde ist eine Schande für unser Land!"[432]

Die OZ schreibt: „Unter dem Eindruck der Krawalle sagte Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) gestern abend in Rostock, es habe kein Deutscher das Recht, Gewalt anzuwenden, sei es gegen Deutsche oder gegen Ausländer. Das Geschehen in Rostock habe dem Ansehen Deutschlands in der Welt großen Schaden zugefügt.[433]

CDU-Generalsekretär Peter Hintze in Bonn: „Die Vorgänge (in Rostock) schadeten dem Ansehen Deutschlands in der Welt und erfüllten die UNION mit Abscheu. Jetzt gehe es darum, die ‚Asylbewerber' vor Übergriffen zu schützen und den ‚radikalen Kriminellen' (Deutsche) das Handwerk zu legen. Die Jugendlichen finden Unterstützung bei den vor der ZASt versammelten Lichtenhägern, die wütend sind auf die Reaktionen der Politiker. ‚Da sagt der Kupfer,[434] er habe von nichts gewußt. Das ist doch eine Frechheit', empören sich Anwohner in Straßengesprächen. Mai Doan, eine junge Vietnamesin, kommt aus dem Haus. Sie betreibt im Asylbewerberheim eine Kantine für die Beschäftigten. Die Zuspitzung der Situation sei absehbar gewesen, meint sie. An grundsätzlichen Ausländerhaß der Rostocker glaube sie jedoch nicht. Die Krawalle würden sich direkt gegen die Roma und Sinti richten. Sie selbst habe viele Freunde und hätte noch nie Anfeindungen bemerkt."[435]

„Für das 1996 von der Medienforscherin Sabine Jungk herausgegebene Buch ‚Zwischen Skandal und Routine – ‚Rechtsextremismus' in Film und Fernsehen' bekundete Mathias Spehr, Fachbereichsleiter an der Jugendkunstschule in Rostock, rückblickend über die Rostocker Krawalle: ‚Diese ganze Berichterstattung war derartig einseitig und auf plakative[436] Bilder beschränkt, daß natürlich jedem Rostocker Bürger der Hut hochgehen mußte, wie die Dinge vereinfacht und in unzulässiger Weise verallgemeinert wurden. Diese sensationelle ‚Frontberichterstattung' vermittelte ein verzerrtes Bild. Amerikanische Journalisten[437] liefen hier herum und animierten Jugendliche für ein paar Mark, ‚Heil Hitler' rufend die Hand in die Kamera zu recken. Damit stimmte das im Ausland verkaufte Klischee ‚des Deutschen' wieder. Das war irre. Es gab auch Prozesse deswegen.'"[438] [1, Seite 33]

---

432 OSTSEE-ZEITUNG, „Jetzt droht Regierungskrise - Nach den schweren Ausschreitungen von Rostock politischer Streit um Verantwortung - Kanzler Helmut Kohl (CDU) hat gestern abend die Ausschreitungen energisch verurteilt. Gegenüber dem ZDF betonte er, ‚daß der Haß auf Fremde eine Schande für unser Land ist!'", 26.08.1992, S. 1

433 OZ, „Heim der ‚Asylbewerber' wurde geräumt - Seiters: Schaden für Deutschlands Ansehen", 25.08.1992, S. 1

434 taz-journal, „ROSTOCK. MÖLLN. SOLINGEN - NACHBARN UND MÖRDER - ‚Innenminister Kupfer hat ganz eindeutig gelogen' - Wolfgang Richter, Ausländerbeauftragter Rostocks im Interview", 31.08.1992, S. 10

435 OSTSEE-ZEITUNG, „Busse brachten Ausländer weg - Lichtenhäger sind empört über die ersten Reaktionen der Politiker", 25.08.1992, S. 3

436 Auf Wirkung bedacht; einprägsam

437 The New York Times, „THE WORLD; In Germany the Raw Material of Violence, Too, Is Bountiful", 13.09.1992, Artikel v. STEPHEN KINZER

438 Sabine Jungk, „Zwischen Skandal und Routine", 1996, S. 218

„Das Bundesinnenministerium hat bereits vor Monaten vor der Gefahr ausländerfeindlicher Krawalle in Ostdeutschland gewarnt. Innenstaatssekretär Hans Neusel bestätigte, schon im Mai 1992 vor dem Bonner Innenausschuß über die Mißstände in den überfüllten Asylbewerberheimen, darunter dem in Rostock-Lichtenhagen, berichtet zu haben. Neusel sagte, er habe bereits vor Monaten vor einem Asyl-Chaos unter anderem in Rostock gewarnt. …“[439]



Bild 81: Der ehemalige Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU). Mitte: Hans Neusel (CDU), ehemaliger Staatssekretär im Bundesinnenministerium, der auch beim Brandanschlag in Solingen eine Rolle spielte. Neben ihn Eckart Werthebach von der CDU. Wer nach den federführenden Architekten für die Zuspitzung sucht, sollte in diesen demokratischen Kreisen ansetzen.

„Seit Monaten gibt es Proteste von Anwohnern. … Während sich einzelne Bürger aus der Nachbarschaft beschwerten, daß die Behörden auf ihre schriftlichen Proteste nicht reagiert hätten, kritisierten Vertreter der Stadt Rostock, die Kommune sei mit dem Problem alleingelassen worden. Auch vor einem ~~Asylbewerberheim~~ Ansiedlungsheim der Bundesregierung in Köckte im Kreis Stendal randalierten in der Nacht zum Sonntag rund 30 Jugendliche und warfen unter anderem Fensterscheiben ein.“[440]

„In seinen Gesprächen hat Hirsch[441] erfahren, daß die Arbeitslosigkeit in Rostock-Lichtenhagen 57 Prozent beträgt. In manchen Wohnblocks seien alle Bewohner arbeitslos. In einem Teilhaus in diesem ‚Problemgebiet ersten Ranges' habe sich die Zentrale Aufnahmestelle (für Ansiedlung) befunden. ‚Diese Lage war der Stadt und dem Innenministerium bekannt.' Doch geschehen sei nichts, auch nicht, als die Anwohner sich zunehmend beschwert und mit Demonstrationen gedroht hätten.“[442]

„Im ARD-Fernsehen erklärte Kupfer, sein Rücktritt würde die Probleme nicht lösen. Er räumte ein, gewußt zu haben, daß die Lage um das Asylbewerberheim in Lichtenhagen ‚explosiv' sei. Auch habe man in Rostock mit der Verlegung der Asylbewerber in eine frühere Armeekaserne zu lange gezögert. …“[443]

„Lichtenhagen liegt draußen an der vierspurigen Schnellstraße zwischen dem Stadtzentrum von Rostock und dem Stadtteil Warnemünde, nicht mehr als vier Kilometer von der Ostseeküste entfernt. Lichtenhagen ist wie die Nachbarstadtteile Schmarl, Lütten Klein, Groß Klein oder Evershagen, zu DDR-Zeiten in sozialistischer Plattenbauweise erstellt worden. Lichtenhagen wurde 1974/75 fertiggestellt und dann nach alter DDR-Manier großenteils von jungen Familien besiedelt, mit der Konsequenz, daß heutzutage unter den rund 20.000 Einwohnern dieses Viertels besonders viele Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sind, ähnlich verhält es sich in den benachbarten Stadtteilen. …

Jugendliche, Schüler und Auszubildende, etwa 20 an der Zahl, stehen am Montagvormittag nahe dem Hauseingang Nummer 18 in der Mecklenburger Allee. Sie beobachten die Gruppe von Roma, Männer, Frauen und Kinder, die mit Plastiktüten und anderem Gepäck am Fuß der Haustreppe auf einen Bus warten. Und sie sagen: Das ist totaler Unsinn, daß das alles ‚Rechts‘radikale gewesen seien, vielleicht ein Drittel, aber hauptsächlich waren das Cliquen von Jugendlichen, die halt die Schnauze voll hätten von den Belästigungen durch die Ausländer, im Laden hätten sie geklaut, die Mädchen angemacht, und das ging so rum.[444] Und sie sagen weiter, ‚dann waren auf einmal viele da, und dann hat es halt gekracht, und das wußten alle in Lichtenhagen und in Groß Klein, daß was losgeht an diesem Wochenende, und deshalb hab ‚ich auch nicht verstanden, warum so wenig Polizei da war am Samstagabend.‘“[445]

---

439 Süddeutsche Zeitung, „Bonn: Schon lange vor Krawallen gewarnt“, 03.09.1992, S. 6
440 Süddeutsche Zeitung, „Nächtliche Krawalle in Rostock - Straßenschlacht vor Asylbewerberheim“, 24.08.1992
441 Burkhard Hirsch, damaliger innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion u. ehem. NRW-Landesinnenminister.
442 Süddeutsche Zeitung, „Nicht genug für Asylbewerber getan“, 29.08.1992
443 Süddeutsche Zeitung, „Hartes Vorgehen der Polizei gegen Gewalttäter - FDP beharrt auf Rücktritt von Innenminister Kupfer“, 27.08.1992
444 DER SPIEGEL 37/1992, „Sinti und Roma nach Bonn‘ - Der Asylstreit um die größte Gruppe ausländischer Zuwanderer“, 07.09.1992
445 Die Süddeutsche, „Rostock: Die brutalen Ausschreitungen gegen das Asylbewerber-Heim - Von heller Wut zur Sympathie mit der Gewalt“, 25.08.1992, Artikel v. Klaus Brill

„… Mit dieser Meinung steht Laufer nicht alleine. Dies wird bei Gesprächen mit rund einem Dutzend Rostocker Polizisten deutlich, Gespräche, die überraschend offen geführt werden, allerdings unter der Bedingung, daß weder Name noch Dienststelle genannt werden. Sie alle sind wütend darüber, daß es überall heißt, die Polizei habe kläglich versagt. Sie erzählen von einem Plan, der am Sonntag, dem zweiten Krawalltag, verwirklicht werden sollte. Er lief unter dem Codenamen ‚Die Sonne scheint'. An diesem Tag seien reichlich Polizeikräfte dagewesen, ‚da hieß es, wir sollen die Randalierer einkesseln. Und die Spezialtrupps hätten dann einen nach dem anderen rausgeholt. Wenn wir so vorgegangen wären, hätten wir schon am Sonntag Ruhe gehabt.'



Bild 82: H. Prantl, Jurist und Chefredakteur der SÜDDEUTSCHEN: „Es gibt keine Opfer. Es wurde kein Ausländer erschlagen, es wurde keiner verbrannt und keiner aus dem Fenster geworfen.“

Sie erzählen, wie sie stundenlang darauf gewartet haben, daß über Funk das Signal ‚Die Sonne scheint' gegeben würde. Aber es passierte nicht. Die Polizisten erzählen, daß die meisten der Kollegen der Ansicht seien, der verkorkste Einsatz sei aus irgendwelchen Gründen gewollt gewesen. ‚Warum', spekuliert einer, ‚weiß keiner so recht. Vielleicht sollte es einfach die große Katastrophe geben.' Einer sagt, wie sehr er sich gewundert habe, ‚als wir plötzlich von dem Heim weggezogen wurden'. Ein anderer meint, schon den ganzen Tag seien so ‚merkwürdige Dinge' über Funk gelaufen, die keiner verstanden habe. Ein dritter, der in einer Hundertschaft nahe des Schauplatzes postiert war, weiß noch, wie alle den Kopf geschüttelt haben, als sie das brennende Haus gesehen haben, ‚aber nicht los durften.‘ Und das angesichts einer sowieso schon angespannten Situation: Sie sind nur als Beamte auf Probe eingestellt, müssen also mindestens ein Jahr lang ihre Demokratietauglichkeit beweisen. Wer war nun verantwortlich für das Fiasko der Polizei? Wer ist schuld daran, daß sich die Polizei so skandalös zurückgezogen hat? Einer, der es wissen müßte, ist Jürgen Deckert, zeitweiliger Chef der Krawalleinsätze.
‚Es ist richtig', sagt er, ‚daß die Aktion ‚Die Sonne scheint' geplant war. Ich selbst habe dieses Konzept entwickelt. Und es ist auch richtig, daß sie nicht in die Tat umgesetzt wurde.' Und warum nicht? ‚Dazu kann ich nichts sagen', meint Deckert, ‚gegen mich laufen mehrere Verfahren.‘ … Ob er denn auch schon von dem ungeheuren Verdacht gehört habe, daß eine Katastrophe im Asylbewerberheim sogar beabsichtigt gewesen sei? ‚Kein Kommentar', sagt Jürgen Deckert und fügt hinzu: ‚Es gibt ja nun die beiden Untersuchungsausschüsse, und ich kann nur hoffen, die sind wirklich daran interessiert, die Wahrheit herauszufinden.'“[446]
„… Und doch fällt es selbst hier schwer, an bloße Unfähigkeit zu glauben, will man die Fehler und Versäumnisse vor und während der Krawalle schildern. Der Verdacht auf Fahrlässigkeit, wenn nicht auf Vorsatz, drängt sich auf: Da werden also in einem Wohngebiet mit hohem Anteil von Arbeitslosen und Jugendlichen Asylbewerber untergebracht, darunter viele Rumänen, von denen längst bekannt ist, daß sie besonders häufig die Anfeindungen der Anwohner auf sich ziehen. Aber man will andererseits durch besonders harte ‚Unterbringungsmaßnahmen' die Schlepperringe abschrecken und die Flüchtlinge sowieso. So werden unter den Augen der aufgebrachten Nachbarn weitere Asylbewerber im Freien vor dem Heim abgestellt.“[447]
„In dem Versuch, sich selbst von Schuld freizusprechen, deklamieren ihre Hauptdarsteller Texte aus dem Wörterbuch des Zynismus: Es gibt keine Opfer. Es wurde kein Ausländer erschlagen, es wurde keiner verbrannt und keiner aus dem Fenster geworfen. Keinem Vietnamesen wurde ein Haar gekrümmt, kein einziger Asylbewerber dem Pöbel ausgeliefert. Alle wurden bei lebendigem Leib in Turnhallen versteckt. Keiner wurde abgeschoben, alle durften in der Bundesrepublik bleiben. So sieht es Lothar Kupfer, der mecklenburgische Innenminister: ‚Keinem ist ein Schaden zugefügt worden.'“[448] Der damalige Ministerpräsident Brandenburgs, Manfred Stolpe, stand vor ähnlichen „Problemen“: Einheimischen kriminelle, aber politisch gewollte Zustände, wie in Sachsendorf (Cottbus), schmackhaft zu machen.[449]

---

[446] Süddeutsche Zeitung, „Polizisten in Rostock: Verraten und mißbraucht? - Die ohnmächtige Wut der Sündenböcke - Drei Wochen nach den Krawallen verdichtet sich bei vielen Beamten der Verdacht, daß die ihnen zur Last gelegten Pannen politisch gewollt gewesen sind“, 21.09.1992, Artikel v. Stephan Lebert
[447] Süddeutsche Zeitung, „Die Brandschatzer von Rostock“, 26.08.1992, Artikel v. Giovanni di Lorenzo
[448] Süddeutsche Zeitung, „Hurra, sie leben noch!“, 01.09.1992, Artikel v. Heribert Prantl
[449] Süddeutsche Zeitung, „Wir sind in Gefahr überzulaufen' - Stolpe diskutiert in Cottbus mit Bürgern über Ausländerfeindlichkeit", 04.09.1992, Artikel v. Albrecht Hinze



„Die Rostocker Nächte werden mein Leben und das Leben meiner Familie verändern. Insbesondere wird ein Gespräch, daß ich am Dienstagabend in Rostock führte, dies tun. Dieses Gespräch gab mir die Gewißheit, daß verantwortliche Politiker in Schwerin und Rostock die politischen ‚Brandstifter' des Lichtenhagener Desasters sind. Seitdem ertrage ich nur sehr schwer, wie eben diese Politiker sich vor Kameras und Mikrofonen spreizten, wie sie in Interviews von ihrer Schuld ablenken[450] und sich zur ‚Feuerwehr' und zu Rettern des Rechtstaates umlügen, eigene Verantwortung ablehnen und andere anklagen. Keine Stunde länger dürfen Menschen wie Minister Kupfer, der Rostocker OB Kilimann, sein Stellvertreter Zöllick und der Rostocker Innensenator Magdanz, im Amt bleiben. Was gibt mir das Recht, dies zu sagen und öffentlich zu machen? Es ist mein Recht auf Meinungsfreiheit. Als Gast der Landespressekonferenz am Dienstag, dem 25. August 1992, mußte ich mit anhören, wie der Rostocker Innensenator Magdanz mit den Worten zitiert wurde, daß man nur noch mehr ‚Asylbewerber' anlocken würde, wenn man weitere Unterkünfte schaffen würde. Dies schreckte mich auf und ließ eine furchtbare Vermutung in mir wach werden, von der ich wollte, daß sie um Gottes Willen nicht wahr sein durfte. Es war der furchtbare Verdacht, daß man die Zustände um die Rostocker ZASt in den letzten Wochen nur deshalb geduldet haben könnte, um weitere ‚Asylbewerber' vom Kommen abzuhalten. Daß man seitens verantwortlicher Politiker die Sache dort deshalb auf das Schlimmste zutreiben ließ, damit es sich bis Rumänien herumsprach: ‚Wir sind voll! Kommen zwecklos!' Dabei nahm man offensichtlich das Potenzieren sozialen Sprengstoffs in Kauf und wollte diesen als politisches Druckmittel benutzen. Ein solcher Verdacht war nur möglich, wenn man denen, die es dahin kommen ließen, ein solches Maß an Verantwortungslosigkeit, Ignoranz, Dummheit und menschenverachtenden Zynismus unterstellt, daß dies nicht sein konnte und durfte. Doch dann bekam ich die Gewißheit. Locker und flockig bekam ich sie geliefert und der Mensch, der sie mir live in Auge und Ohr sagte, begriff nicht, was er tat:
Es war Dienstagabend, also 24 Stunden, nachdem die ZASt und das Haus der Vietnamesen brannten. Der Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD) antwortete mir auf die Frage, ob es in seiner Macht gestanden hätte, die Asylbewerber wegzubringen, in Turnhallen der Stadt oder ähnlichen Unterkünften, daß dies in seinen Augen keine Lösung gewesen wäre. Er hätte dies wohl tun können, aber am nächsten Abend hätte er die nächste Turnhalle vollgehabt, weil ‚die telefonieren doch mit Rumänien und dann stünde er am, nächsten Abend vor dem gleichen Problem.' Meinen Einwand, daß er doch damit auf jeden Fall den sozialen Sprengstoff in Lichtenhagen hätte vernichten oder entschärfen können und mehrere gefüllte Turnhallen, wenn sie es denn gegeben hätte, gegenüber dem Land und der Bundesregierung auch ein Druckmittel gewesen wäre, ließ er nicht gelten. Mein Resümee, daß er damit Menschen in ihrer Not zu politischer Manövermasse zur Abschreckung anderer gemacht habe, quittierte er mit Achselzucken. Ich teilte ihm noch kurz mit, daß, wenn er so denke und gehandelt habe, er dafür die Verantwortung übernehmen müsse. Da ich aus Äußerungen der genannten Verantwortlichen[451] weiß, wie eng sie in dieser Angelegenheit zusammengearbeitet haben, muß ich davon ausgehen, daß auch alle Genannten dafür die Verantwortung tragen. Alle, jeder einzelne, hatte die Macht, etwas zu tun, um Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und der Stadt Rostock diese Schmach zu ersparen. Sie haben es unterlassen. Sie haben nach meiner festen Überzeugung mit dem Feuer gespielt und wir alle haben die Explosion erlebt."[452]

---

[450] Süddeutsche Zeitung, „Kritisiertem Polizeichef wird Kommando entzogen - Landesregierung lehnt Verantwortung für Krawalle ab", 26.08.1992

[451] WELT am SONNTAG, „Zweierlei Maß der Behörden - Kein Asylheim bei Genscher - aber bei seinen ‚Mitbürgern' vor der Tür", 09.05.1993, S. 4, Artikel v. Jochen Kummer

[452] Norddeutsche Neueste Nachrichten, „Rostocker Randale von Politikern provoziert - Ungeheuerliche Vorwürfe von SPD-Sprecher Degner - Politiker hätten die Ereignisse um die ZASt in Rostock provoziert. Dies behauptet der Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion Knut Degner in einem Schreiben mit folgendem Wortlaut, daß er uns gestern abend übergab", 31.08.1992, S. 4

Die Forderungen gingen schon in die richtige Richtung. Deutsche Politiker führen einen Krieg gegen das deutsche Volk. Ausländer dienen ihnen nur als Zweck. „Wo waren die anderen Parteien, die Repräsentanten des Rechtstaates? Denn genau dieser wurde von ‚linksextremen' und autonomen Gruppen herausgefordert.
‚Die Brandstifter in Rostock regieren in Bonn' oder ‚Demonstriert vor den Villen der Bonzen und Politiker' oder ‚Bonn gibt die Parole aus, die ‚Faschisten' führen sie aus', brachten nicht nur Beschämung über die Rostocker Exzesse der letzten Woche zum Ausdruck, sondern in noch viel stärkerem Maße eine Kampfansage an die(se) Politik."[453]
Die OZ schreibt: „‚OZ: War es nicht eine eklatante Fehlentscheidung, die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber Mecklenburg-Vorpommerns mitten ins Wohngebiet zu stellen?‘



Bild 83: Der damalige Innenminister Rudolf Seiters (CDU) will von allem nichts gewußt haben.

Kilimann: ‚Das war eine Entscheidung des Innenministeriums.‘“[454]
„Als Gründe für den Antrag auf Ablösung des Innenministers (Lothar Kupfer) führte LL/PDS-Abgeordneter Götz Kreuzer u. a. an, daß ‚mit beispielloser Ignoranz' eine ganze Reihe von Alarmsignalen aus Lichtenhagen überhört wurden und man damit ‚den Konflikt ausreifen lassen' habe. ‚Auf den Tag, fast auf die Stunde genau konnte man die Explosion voraussehen', so Kreuzer. Rostock sei ein Beispiel dafür, wie verantwortungslos es ist, ‚die Polizei die Kastanien aus dem Feuer einer verfehlten Politik holen zu lassen.' Kupfers Resumee: ‚Bei allen Schwierigkeiten und nichtvermeidbaren Fehlentscheidungen, der polizeiliche Kernauftrag sei erfüllt worden. (Unsere) ‚Asylbewerber‘ kamen nicht zu Schaden.' (Bonze) CDU-Fraktionschef Rehberg suchte die Ursachen für Rostock eher in Berufsrandalierer, sowie der geringen ‚Erfahrung‘ der DDR-Bürger mit fremden Kulturen."[455]
Folgende Fragen ergeben sich aus:
1. Warum wurde die ZASt direkt in einen Arbeiterbezirk verlegt, mit hoher Arbeitslosigkeit, die einst eine der geburtenfreudigsten Gegenden der ehemaligen DDR war?
2. Warum entfernte sich die Polizei auf Anweisung des Innenministeriums, obwohl Polizei, Landes- und Bundesinnenministerium wußten,[456] daß sich immer noch ehemalige Vertragsarbeiter im Nebengebäude aufhielten?
3. Aus welchen Gründen führen alle Bundesregierungen eine Anlockpolitik für Ausländer durch?
Da keine ehrlichen Antworten erwartet werden können, wollen wir die fiktiven Fragen selbst beantworten.
1. Die ZASt wurde eingerichtet und verblieb auch dort, weil das Regime in Bonn den Widerstandswillen (Potential) der ehemaligen DDR-Bürger austesten wollte. Dieselbe Kolonisierungspolitik wie im Westen, sollte auf lange Sicht auch im Osten durchgesetzt werden.
2. Zwecks Instrumentalisierung (für spätere Schuld- und Schamgefühle) brauchte es eindeutigere Bilder. Die Polizei bekam von der Politik die Anweisung, das Feld zu räumen.
3. Wie Punkt 1. Weil alle Bundesregierungen eine Massenansiedlungspolitik durchführen.
In regelmäßigen Abständen wird heute ganz bewußt an den Pogrom[457] in Rostock erinnert. Bundespräsidenten geben ihre Aufwartung. Das Volk soll sich schämen. Ist aber in Wahrheit Opfer einer Politik, bei der sich deutsche Politiker der Ausländer bedienen, um Kritik daran als Rassismus brandmarken zu können. Sehr clever. Die Ironie in dem ausländerfeindlichen Pogrom in Rostock liegt darin, daß kein einziger Ausländer verletzt wurde, aber mehr als 100 Mitglieder der Staatsorgane,[458] einheimische Randalierer und Passanten.

[453] Norddeutsche Neueste Nachrichten, „Rostock gibt wieder Hoffnung auf Ruhe - Die Demonstration ‚Stoppt Pogrome' verlief kontrovers, doch friedlich", 31.08.1992, S. 3
[454] OSTSEE-ZEITUNG, „Wir haben an Kupfer geschrieben …‘ - OZ-Exklusiv-Interview mit Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann (SPD)“, 26.08.1992, S. 3
[455] Norddeutsche Neueste Nachrichten, „Viele harte Worte und ein butterweicher Beschluß - Landtagssondersitzung beschloß Bildung eines Untersuchungsausschusses", 29.08.1992, S. 4, Artikel v. Stefan Koslik
[456] Frankfurter Rundschau, „Polizei wegen Rostock beschuldigt - Bonn über Zögern bei ausländerfeindlichen Krawallen verärgert - Mit den ‚rechts’terroristischen Ausschreitungen und Brandanschlägen gegen Asylbewerber in Rostock wird sich noch in dieser Woche der Innenausschuß des Bundestags beschäftigen - „Die Polizei griff lange nicht ein obwohl sie wußte, daß sich in den Gebäuden Menschen befanden. Wie die PDS-Bundestagsabgeordnete Andrea Lederer schilderte, hatte sie die Polizei am Montagnachmittag auf die Vietnamesen hingewiesen und die Polizei habe gesagt, daß ihr das bekannt sei“, 26.08.1992, S. 1, Artikel v. Martin Winter
[457] Pogrom (russ. погром), Verwüstung, Zerstörung, Krawall
[458] Die vorher nie da war, um die Sicherheit der Lichtenhäger zu gewährleisten. Daher auch die Wut auf sie.